

26. April

3 / 2018

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Aktuell: Was bedeutet die Berliner Große Koalition für M-V? +++ Sicherheits- und Ordnungsgesetz novelliert +++ Mehr Frauen in Parlamenten? +++ Rückkehr der Berufsausbildung mit Abitur? +++ Experten-Anhörung zur Sauenhaltung +++ Landesfinale „Jugend debattiert“ +++ „Schöne Verwandte – Schlösser Schwerin und Chambord“ +++



Foto (Uwe Sinnecker): Endlich Frühling!

3	Gastkolumne	Udo Roll (SVZ) kommentiert die Debatte in der Aktuellen Stunde zur Bildung der neuen Bundesregierung.
4 – 18	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Neue Bundesregierung: Stabile Verhältnisse – wichtig für Mecklenburg-Vorpommern“
6 – 15	Berichte	Zweite Lesung Sicherheits- und Ordnungsgesetz Duale Berufsausbildung mit Abitur Geschlechterparitätische Besetzung von Parlamenten erreichen – Frauenanteil auf allen Ebenen erhöhen Standortgemeinden von Erneuerbare-Energie-Anlagen finanziell besser beteiligen Menschenleben besser schützen, Bahnverkehr stabiler machen
16 – 17	Weitere Beschlüsse	Änderung Beamtengesetz M-V Änderung Landesverfassung Entscheidung zu Einsprüchen zur Landtagswahl 2016 Mobilitätsalternativen in ländlichen Räumen schaffen Ganzheitliches Integriertes Verkehrskonzept für Usedom Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten Nachruf Sebastian Ratjen
18	Gesetzgebung	Übersicht der laufenden und abgeschlossenen Gesetzgebung
19 – 23	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Finanzausschuss/Sozialausschuss:</i> Vor Ort unterwegs: Unterrichtungsfahrten nach Rostock <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Expertengespräche zum Arbeitsmarkt und zur ITB <i>Agrarausschuss:</i> Experten-Anhörung zur Sauenhaltung <i>Internationales:</i> BSPC-AG Migration und Integration
24 – 27	PANORAMA	Landesfinale „Jugend debattiert“ Schöne Verwandte – Die Schlösser Schwerin und Chambord

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:**

Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker,  
 www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 13.04.2018

# Wer ankündigt, muss auch handeln



Foto: Reinhard Klawitter

Udo Roll ist Redakteur der Schweriner Volkszeitung und zuständig für die Berichterstattung aus dem Landtag.

■ Das Timing hätte nicht besser passen können. Das muss man der CDU-Fraktion lassen. Um 10.05 Uhr trat CDU-Fraktionschef Vincent Kokert im Plenarsaal hinters Pult und verkündete in Heroldmanier im Schweriner Schloss die frohe Kunde aus der Bundeshauptstadt: „Wer es noch nicht gehört hat, soeben hat der Deutsche Bundestag Angela Merkel erneut zur Bundeskanzlerin gewählt.“ Und das sei auch ein guter Tag für Mecklenburg-Vorpommern.

geltenden Regierungschefin immerhin zeitweise ein lebendiger Auftritt und sogar selbstkritische Töne attestiert wurden – hielten es im Schweriner Schloss der CDU-Fraktionschef und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) lieber mit dem Motto: Tue Gutes und rede dann gaaaaanz viel darüber, auch wenn es keiner mehr hören kann oder will.

Beide präsentierten erneut die mittlerweile hinreichend bekannten Groko-Ankündigungen: Entlastung der Bürger,

renfreien Kita. Das Prestigeprojekt der SPD in M-V soll noch in dieser Legislaturperiode bis 2021 umgesetzt werden. Das war's dann aber auch schon mit den Neuigkeiten an diesem Tag.

Interessant wäre es jedoch auch gewesen, zu erfahren, mit welchen Forderungen oder Vorstellungen die emsigen Verhandler aus M-V in den Groko-Runden gescheitert sind und bei welchen Themen die rot-schwarze Landesregierung auf Bundesebene deshalb noch einmal konkret Druck machen wird. Von der Ministerpräsidentin gab es dazu nur den nebulös schwammigen Satz: „Mal schauen, ob an der einen oder anderen Stelle noch etwas mehr geht.“ Ist der Geist aus den Koalitionsgesprächen, in denen die SPD verhandeln wollte „bis es quietscht“, schon wieder verfliegen? Das wäre ein schlechtes Signal.

Der Start der Großen Koalition war ein holpriger. Die sechs Monate Hängepartie, das Lavieren und anschließende Posten-Gezerre der Sozialdemokraten werden die Bürger nicht so schnell vergessen. Jetzt müssen den Ankündigungen auch konkrete Taten folgen, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Und das gilt nicht nur für die Groko-Mitglieder in Berlin. Wer sich, wie die rot-schwarzen Koalitionäre in Mecklenburg-Vorpommern, stolz auf die Resultate seines Verhandlungsteams beruft, muss ebenfalls liefern. Geredet über die Groko und deren Erfolge für M-V wurde jetzt jedenfalls genug.

Udo Roll

„ *Dafür hätte es nicht unbedingt eine Aktuelle Stunde gebraucht.* „

Aktueller hätte die Aktuelle Stunde im Landtag kaum sein können – denn nahezu zeitgleich zur Wahl der Regierungschefin in Berlin wurde im Schweriner Schloss am 14. März auf Antrag der CDU zum Thema „Neue Bundesregierung: Stabile Verhältnisse – wichtig für Mecklenburg-Vorpommern“ debattiert.

Und in der Tat gibt es ja auch viel zu diskutieren über die neue Groko. Etwa über die Herausforderungen in den kommenden Jahren, über bestehende Differenzen zwischen den Koalitionspartnern oder über Versäumnisse in den vergangenen vier Jahren und was man daraus gelernt hat. Die Chance wurde leider nicht wirklich genutzt.

Anders als in der Generaldebatte in Berlin – wo der nicht gerade als spontan

Erhöhung des Kindergeldes, Wirtschaft voranbringen, sozialen Zusammenhalt stärken, Pflege verbessern, Langzeitarbeitslose nicht hängen lassen. Eine weitere Kernbotschaft des Tages: Der Koalitionsvertrag ist gut für unser Bundesland, die zehn Verhandler von SPD und CDU aus M-V haben viel erreicht. Dafür hätte es aber nicht unbedingt eine Aktuelle Stunde gebraucht.

Die Groko-Protagonisten aus M-V hatten doch bereits in den Vorwochen fleißig dafür gesorgt, dass die Erfolge aus den Koalitionsverhandlungen ihren Weg in die Öffentlichkeit fanden. Immerhin: Mit einer kleinen Überraschung konnte die Ministerpräsidentin dann doch noch aufwarten. Sie verkündete zum ersten Mal einen halbwegs konkreten Zeitpunkt für die Einführung der gebüh-



Vincent Kokert (CDU)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD)



Nikolaus Kramer (AfD)

## Was bringt die Große Koalition für M-V?

Fortschritt oder Stagnation – Abgeordnete liefern sich Schlagabtausch zur neuen Bundesregierung

Die Wahl von Dr. Angela Merkel zur Bundeskanzlerin war keine zehn Minuten her, da war die schwarz-rote Regierung in Berlin schon Thema im Schweriner Landtag. In der März-Sitzung hatte die CDU turnusgemäß das Recht, den Schwerpunkt für die Aktuelle Stunde zu bestimmen. Sie entschied sich, die geplante Vereidigung der neuen Bundesregierung für eine Debatte zum Koalitionsvertrag und seine Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen. Unter der Überschrift „Neue Bundesregierung: Stabile Verhältnisse – wichtig für Mecklenburg-Vorpommern“ sahen CDU und SPD die Interessen des Landes im Koalitionsvertrag gut vertreten. Eine Ansicht, die die Opposition nicht teilte.

Die Aktuelle Stunde hätte aktueller nicht sein können, lobte CDU-Fraktionschef Vincent Kokert das Timing. Das Ende der langen „Hängepartie“ bei der Regierungsbildung sei auch für Mecklenburg-Vorpommern eine gute Nachricht. Er betonte, dass M-V mit überproportional vielen Vertretern an den Koalitionsverhandlungen beteiligt gewesen sei. „Somit dürfen wir sagen, dass der Koalitionsvertrag auf Bundesebene durchaus auch den Geist aus unserem wunderschönen Bundesland atmet. Darauf können wir alle miteinander ein bisschen stolz sein.“ Für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bedeute das vor allem eines: Entlastungen. Weil unter anderem der Solidaritätszuschlag wegfallt, ein Baukindergeld eingeführt, das Kindergeld erhöht und die Arbeits-

losenversicherung gesenkt werde. Auch in der Wirtschaft blieben die Weichen weiter auf Wachstum gestellt. Kokert zeigte sich erleichtert, dass die SPD-Basis „trotz massiver Gegenmobilisierung“ zugestimmt habe, politische Verantwortung zu übernehmen, anstatt sich wie andere „in die Büsche zu schlagen“. „Dafür will ich als Vertreter der CDU ausdrücklich auch mal Danke sagen.“ Ungeachtet dessen sollte eine große Koalition „kein Naturgesetz“ sein, sondern die Ausnahme bleiben. „Unsere Demokratie lebt vom Streit um die Wahrheit.“

Die Interessen des Landes sieht auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig gut im Koalitionsvertrag vertreten. „Wir haben viel erreicht.“ Allem voran auf dem Weg zu einer beitragsfreien Kita. Der Bund werde dafür 3,5 Milliarden Euro bereitstellen. „Das bedeutet für unser Land 70 Millionen Euro.“ Sie kündigte an, Eltern bis 2021 von den Kita-Gebühren zu befreien. Für einen genauen Zeitplan müssten noch Gespräche mit dem Bund und den Kommunen geführt werden. In einem ersten Schritt würden aber bereits ab Januar 2019 alle Geschwisterkinder gebührenfrei gestellt. Darüber hinaus werde es mehr Geld für Ganztagschulen, Universitäten und digitale Schultechnik geben. „Ein ganz entscheidender Punkt im Koalitionsvertrag ist das Recht auf schnelles Internet.“ Das müsse für jeden so selbstverständlich werden wie Strom und Wasser. Auch Pflegekräfte, pflegende Angehörige und Langzeitarbeitslose würden von Verbesserungen profitieren. Und Rentner: Wer mehr als 35 Jahre gear-

beitet habe, erhalte eine Mindestrente, die mindestens zehn Prozent über dem Grundsicherungsniveau liege. Für Menschen, die – wie in der DDR geschiedene Frauen – bei der Umstellung des ostdeutschen Rentensystems benachteiligt worden seien, werde ein Härtefallfonds eingerichtet. „Sie sehen, es steckt viel Gutes drin.“ Jetzt liege es an der neuen Bundesregierung, die Vereinbarungen zügig umzusetzen.

Er sei beim Thema der Aktuellen Stunde „vor Lachen kaum in den Schlaf gekommen“, sagte AfD-Fraktionschef Nikolaus Kramer. „Glauben Sie wirklich daran, was Sie hier als Thema setzen? Glauben Sie daran, dass die Bevölkerung Ihnen das abnimmt?“ SPD und CDU wollten immer viel, monierte er. Dabei bleibe es dann aber. Immer wieder sei – wie etwa bei der kostenfreien Kita – von ersten Schritten die Rede. „Aber wenn ich immer und immer wieder den ersten Schritt mache, trete ich doch trotzdem auf der Stelle.“ Auch bei den Defiziten der Integration müssten endlich Lösungen her. Er forderte von Schwesig, „valide Zahlen“ zu den Integrationsbemühungen und zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber zu veröffentlichen sowie abgelehnte Asylbewerber konsequenter abzuschieben. In M-V seien im vergangenen Jahr 854 Abschiebungen größtenteils daran gescheitert, dass betroffene Personen untertauchten. Hier fehle der Regierung einmal mehr „der politische Wille“ zum Handeln. Er warf den „Altparteien“ vor, konservative Positionen nur während des Wahlkampfes zu vertreten und jeg-



Thomas Krüger (SPD)



Simone Oldenburg (DIE LINKE)



Bernhard Wildt (BMV)

Fotos: Uwe Sinnecker

liche Problemlösungen der AfD abzulehnen. „Das wiederum wird noch zu Ihrem Problem“ – bei der nächsten Landtagswahl. Seine Fraktion werde „die Scheinheiligkeit“ der Koalition entlarven. „Die AfD ist die Rettung des deutschen Meinungsppluralismus.“

„Sie und Ihre Partei haben offenbar nur ein Thema: Migrantinnen und Migranten“, entgegnete SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger**. „Sie diffamieren diese Menschen, ohne eigene Konzepte zu haben. Das finde ich schlimm!“ Im Koalitionsvertrag sei ganz klar eine humane, aber konsequente Flüchtlingspolitik festgeschrieben. „Genau das ist es, was Deutschland braucht.“ Die vorab in Pressemitteilungen geübte Kritik der AfD an fehlenden Steuerentlastungen wies er ebenfalls entschieden zurück. „Offenbar leiden Sie an Legasthenie oder Dyskalkulie.“ Eine Familie mit zwei kleinen Kindern und einem monatlichen Einkommen von jeweils 2.000 Euro brutto werde mit der Abschaffung der Kita-Gebühren, dem erhöhten Kindergeld und dem wegfallenden Solidaritätszuschlag ungefähr 4.600 Euro pro Jahr sparen. „Da sagen Sie, das ist keine Ersparnis!“ Die Große Koalition sei natürlich „keine Liebesheirat“. „Sie ist aber etwas, was Deutschland in der Situation, in der wir stehen, voranbringen wird.“ Mit „Rückenwind“ aus Berlin habe auch Mecklenburg-Vorpommern die Chance, im Vergleich zu den anderen Bundesländern weiter aufzusteigen. Krüger nahm für seine Partei in Anspruch, nach dem Scheitern von Jamaika „für eine stabile Regierung in Deutschland“ gesorgt zu haben. Die SPD werde diesen Kompromiss „kritisch und positiv“ begleiten und besser als bisher auf die Einhaltung der Vereinbarungen achten.

Die SPD habe in den vergangenen Monaten vor allem für eines gesorgt: für ein „unwürdiges Hin und Her“, widersprach **Simone Oldenburg**, Fraktionschefin der Linken. Mit diesem „Stück aus dem Tollhaus“ habe die SPD nicht nur sich selbst geschadet. „Sie hat auch allen anderen Parteien einen Bärendienst erwiesen, mit Ausnahme vielleicht einer Partei.“ Der neue Koalitionsvertrag werde Mecklenburg-Vorpommern nicht weiterbringen. „In unserem Bundesland wird die Arbeit der Menschen weiterhin weniger wert sein als in Schleswig-Holstein.“ Auch bei den Regelungen zur sachgrundlosen Befristung oder dem Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit gucke ein Großteil der Beschäftigten im Land aufgrund der Betriebsgrößen „in die Röhre“. Und anstatt die Menschen im Alter vor Armut zu schützen, verfestige die Regierung mit der Grundrente die Altersarmut nur. „Da hat ein Alleinstehender im Bundesdurchschnitt statt 800 jetzt 880 Euro im Monat zur Verfügung.“ Das liege immer noch weit unter der Armutsrisikoschwelle von 969 Euro. Die soziale Ungerechtigkeit bleibe das „Kardinalproblem“ der Gesellschaft. Die Regierung rufe Kommission um Kommission ins Leben. Zum Fluglärm, zur Baukostensenkung, zur Digitalisierung – insgesamt mehr als 40 Stück. Aber nicht eine zur Armutsbekämpfung. „Das ist schäbig und armselig.“ Die viel gepriesene „Soli“-Abschaffung sei ebenfalls keine Heldentat. Geringverdiener seien schon jetzt davon befreit gewesen. Am Ende begünstige das wieder einmal nur die Reichen.

Von einer stabilen Regierung zu sprechen, nannte BMV-Fraktionschef **Bernhard Wildt** „kühn“. Immerhin habe die SPD kurz vor der Vereidigung

der neuen Regierung gemeinsam mit der Opposition das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche kippen wollen – gegen den eigenen Koalitionspartner. Erst in letzter Minute hätten die Koalitionsparteien wieder zur Koalitionsdisziplin zurückgefunden. Auch unmittelbar nach der Vereidigung habe die SPD ihre grundsätzliche Bereitschaft deutlich gemacht, Mehrheiten zu nutzen, um sich vom Partner zu distanzieren. „Ganz offensichtlich ist die Regierungsmehrheit fragil.“ Für das Misstrauen der Partner untereinander spreche aus seiner Sicht auch der umfangreiche Koalitionsvertrag. „Insbesondere die SPD hat versucht, sich möglichst viele Zugeständnisse schriftlich geben zu lassen.“ Dass Mecklenburg-Vorpommern zusätzliches Geld vom Bund erhalten solle, habe seine Fraktion mit Interesse vernommen. „In diesem Sinne fällt es mir auch nicht schwer, Ihnen, Frau Schwesig und Herr Kokert, dafür meine Anerkennung auszusprechen.“ Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Einnahmen mit sehr viel Mühe von den Steuerzahlern erarbeitet worden seien. „Daher wünsche ich mir von allen Abgeordneten hier im Haus, dass wir mit der erforderlichen Demut an unsere Arbeit gehen.“



Im Verlauf der Aktuellen Stunde meldeten sich weitere Redner zu Wort. Die vollständige Debatte können Sie auf der Website des Landtages nachlesen (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen. [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



Foto: Jens Büttner

Parallel zur praktischen Berufsausbildung das Abi machen und sich so viele Optionen für den späteren Werdegang offenzuhalten? Die Landesregierung soll den Bedarf hierfür ausloten.

## Lehre mit Abi

Breite Mehrheit für Ausbildung und Hochschulreife im Doppelpack

■ **Mecklenburg-Vorpommern unternimmt einen neuen Anlauf zur dualen Berufsausbildung mit Abitur.** Der Landtag forderte die Landesregierung mit großer Mehrheit auf, gemeinsam mit Kammern und Verbänden auszuloten, ob und in welchen Fachbereichen Bedarf für einen Berufsabschluss in Verbindung mit der allgemeinen Hochschulreife besteht. Den Linken ging das nicht weit genug. Sie schlugen vor, auch bestehende Ausbildungsmöglichkeiten auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls besser miteinander zu verzahnen – und stießen mit ihrem Änderungsantrag auch bei den Koalitionsfraktionen auf Zustimmung.

„Das Handwerk ruft förmlich nach der Berufsausbildung mit Abitur“, begründete **Andreas Butzki** (SPD) den Antrag der Koalition. In Zeiten, in denen die Digitalisierung unaufhaltsam voran-

schreite, Fachkräfte in vielen Branchen aber rar würden, müsse der hohen Studienneigung eine attraktive Alternative gegenübergestellt und der Stellenwert der dualen Ausbildung erhöht werden. „Die großen Vorteile sind zwei komplette Ausbildungen für Azubis, die alle Optionen für den späteren Werdegang offenhalten.“ Das erfordere neben belastbaren und leistungsstarken Schülern auch motivierte Projektpartner, die bereit seien, in solch eine Ausbildung zu investieren – wohl wissend, dass die Azubis während des Unterrichts nur wenig zur Verfügung stehen und nach der Ausbildung nicht unbedingt in ihren Ausbildungsbetrieb zurückkehren. Das sei ein Problem, an dem duale Versuche im Land bereits mehrfach gescheitert seien. Hier brauche es praktikablere Lösungen und einen Blick auf Bundesländer, die – wie Sachsen – bei diesem Thema schon viel weiter seien.

Deutliche Zustimmung zum Antrag kam von Bildungsministerin **Birgit Hesse**. „Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass es eine dringende Notwendigkeit ist, die Berufsausbildung attraktiver zu machen.“ Der Arbeitsmarkt im Land brauche gut ausgebildete Praktiker. „Wir müssen deshalb dahin kommen,

dass Studium und Berufsausbildung in der gesellschaftlichen Wahrnehmung gleichberechtigt nebeneinander stehen.“ Dafür habe das Land bereits einige Dinge neu justiert, unter anderem an Gymnasien eine Berufsorientierung eingeführt. Zur Realität gehöre aber auch, dass es in den vergangenen Jahren schon mehrere Anläufe für doppelqualifizierende Bildungsgänge gegeben habe, von denen viele gescheitert seien. Das sei aber kein Grund, den Kopf demotiviert in den Sand zu stecken. „Vielmehr zeigt es uns, dass wir kreative Lösungen finden müssen.“ Und dazu gehöre auch, die duale Berufsausbildung mit Abitur „neu aufs Gleis zu schieben“. „Gerade unser Bundesland mit seinen kleinen und mittelständischen Unternehmen braucht diese Fachkräfte von morgen.“

Das sieht **Jörg Kröger** (AfD) anders. Schulabsolventen mangle es derzeit nicht an Optionen, nach dem Abitur eine verkürzte Berufsausbildung zu absolvieren oder ohne Abitur zu studieren. Eine zusätzliche, mit Gymnasien und Fachgymnasien konkurrierende Alternative würde das Ausbildungssystem „weiter zersplittern“, ohne den Fachkräftemangel zu beseitigen. „Der hat hierzulande im Wesentlichen demografische

Ursachen. Es sind einfach nicht genug Auszubildende da, die die ganzen Ausbildungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen könnten.“ Wenn man bedenke, dass 36 Prozent der Schüler eine gymnasiale Schullaufbahn einschlagen, bedeute das: „Wer die geistigen Voraussetzungen erfüllt, das Abitur zu absolvieren, der sitzt eigentlich schon irgendwo auf einer Schulbank im Gymnasium.“ Auf das sächsische Modell zu schießen, halte er nicht für sinnvoll. „Es wird nur in vier Städten praktiziert und für sechs Berufe.“ Angesichts der Risiken und unsicheren Erfolgsaussichten, die dem Antrag innewohnen, werde sich seine Fraktion der Stimme enthalten.

Er könne an dem Weg, der dem Antrag zugrunde liege, nichts Falsches erkennen, sagte **Marc Reinhardt** (CDU). Seiner Fraktion liege die Stärkung der beruflichen Ausbildung sehr am Herzen. „Deshalb haben wir mit unserem Koalitionspartner gern die Nummer 247 des Koalitionsvertrages abgearbeitet und diesen Antrag mit auf den Weg gebracht.“ Er halte es für „sehr vernünftig“, jetzt erst einmal mit den Kammern und Verbänden die Ausgangslage und den Bedarf zu erörtern. „Man muss sich ja nicht etwas ausdenken, was keiner braucht.“ Der Änderungsantrag der Linken sei eine „sinnvolle Ergänzung“ dazu. Seine Fraktion werde ihm deshalb „mit großer Freude“ zustimmen. „Ich bitte, das abzuspeichern und nicht immer wieder zu erzählen, dass wir keinen Oppositionsanträgen zustimmen.“

**Simone Oldenburg**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, warb dafür, nicht nur Gespräche zu einer neuen dualen Berufsausbildung mit Abitur zu führen. „Wir brauchen insgesamt Änderungen in der Berufsausbildung.“ Dazu gehörten kleinere Klassen, weniger Unterrichtsausfall, kürzere Wege, Fahrtkostenübernahme und eine bessere Verzahnung bestehender Ausbildungsmöglichkeiten. Von bundesweit mehr als 400 Ausbildungsberufen ließen sich hierzulande 180 erlernen; 80 davon nur an einem Standort. Gleichwohl sei die Chance, in M-V eine Ausbildung zu finden und später übernommen zu werden, aufgrund vieler offener Stellen „riesig“. Vor diesem Hintergrund stelle sich für sie die Frage: „Warum soll ein Jugendlicher den

schwierigeren Weg gehen und vier Jahre eine Ausbildung mit Abitur machen, wenn er auch auf dem kürzeren Weg eine Ausbildung machen könnte und eine Arbeitsstelle bekommt?“ Trotz ihrer Kritik werde ihre Fraktion dem Antrag dennoch zustimmen. Denn: „Wir unterstützen jeden sinnvollen Versuch, Fachkräfte für Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen.“

„Gespräche mit der Wirtschaft sind immer gut“, fand **Bernhard Wildt**, Fraktionsvorsitzender der BMV. „Wenn Bedarf besteht, wird die Wirtschaft darauf einsteigen und gemeinsam mit der Politik nach Lösungen suchen.“ Er appellierte daran, das Thema nicht im Vorfeld schon zu zerreden, sondern erst einmal die Ergebnisse abzuwarten. Den Änderungsantrag der Linken habe seine Fraktion zunächst ablehnen wollen. „Doch ich muss sagen, Sie haben es geschafft, in der Debatte meine Meinung zu ändern.“ Es sei durchaus sinnvoll, alle Ausbildungsaspekte einmal gemeinsam zu besprechen. Ziel sollte sein, jungen Menschen möglichst viele Optionen zu bieten, wie sie ihren Lebensweg entsprechend ihren Begabungen gestalten können.

**Andreas Butzki** (SPD) begrüßte die breite Unterstützung für den Antrag. „Im Zeitalter von Digitalisierung und Wirtschaft 4.0 ist es ganz, ganz wichtig, eine vernünftige Ausbildung zu haben.“ Jetzt komme es darauf an, in Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden bessere Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und das Angebot richtig zu nutzen. „Das ist aus meiner Sicht ein mitentscheidender Standortfaktor und greift in alle Wirtschaftsbereiche ein.“ Dabei könnten die Erfahrungen aus den gescheiterten Versuchen ebenso helfen wie der Blick in andere Bundesländer. „Wenn wir die duale Ausbildung wirklich in unserem Land wollen, dann werden wir Wege finden. Und wenn wir sie nicht wollen, dann werden wir natürlich auch Gründe finden.“

*Antrag SPD/CDU-Koalition  
Drucksache 7/1819  
Änderungsantrag DIE LINKE  
Drucksache 7/1890*

## Fußfesseln und Bodycams

Land verschärft Sicherheitsgesetz

■ **Polizisten und Ordnungsbehörden erhalten mehr Rechte bei der Terrorabwehr. Dazu wurde das Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes in zwei wesentlichen Punkten geändert. Zum einen dürfen terroristische Gefährder mit elektronischen Fußfesseln überwacht werden. Zum anderen kann die Polizei ihnen vorschreiben oder verbieten, sich an bestimmten Orten aufzuhalten. Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin wurde im vergangenen Jahr das Bundeskriminalamtsgesetz um diese Maßnahmen verschärft. Die meisten der etwa 750 islamistischen Gefährder in Deutschland werden jedoch von der Landespolizei überwacht. In diesen Fällen gilt das BKA-Gesetz nicht. Für sie müssen die Länder entsprechende Bestimmungen in ihren Landespolizeigesetzen verankern. Die Neufassung des Gesetzes sieht außerdem einen Modellversuch vor, der es Polizisten erlaubt, Bodycams zu tragen. Die kleinen Kameras an Helm oder Schulter sollen schwierige Einsatzsituationen aufzeichnen, Polizisten vor Angriffen schützen und helfen, Angreifer besser zu identifizieren.**

**Martina Tegtmeier** (SPD) sprach von einer „fundamentalen Änderung der Rechtslage“. Im Ergebnis könne die Landespolizei zur Abwehr von Terroranschlägen viel früher als bisher eingreifen. Denn bislang habe das Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes keine speziellen Befugnisse im Zusammenhang mit Terrorgefahren enthalten. „Ziel ist eine im Einzelfall auch langanhaltende Überwachung der als gefährlich einzuschätzenden Personen.“ Diese könne bis zu drei Monate andauern. Bei der Ausgestaltung des Gesetzes sei die Landesregierung den Regelungen auf Bundesebene und den Beispielen anderer Bundesländer gefolgt. Lange Diskussionen habe es bei den Beratungen

im Innenausschuss zu den Bodycams gegeben, insbesondere zu Aufnahme- und Löscheziten. Der vorliegende Entwurf fuße jetzt aber auf einer breiten Unterstützung der Ausschussmitglieder, so Tegtmeier. „Insgesamt erwarten wir, dass der Einsatz von Bodycams spürbar zur Erhöhung der Sicherheit unserer Polizistinnen und Polizisten beiträgt und gleichzeitig zu einer qualifizierten Beweissicherung führen wird.“

Das erhofft sich auch **Nikolaus Kramer**, Fraktionsvorsitzender der AfD. Er forderte jedoch, die Voraufzeichnungszeit der Kameras im Sinne einer höheren Aufklärungsquote von 60 auf 120 Sekunden zu erhöhen. Jeder Eskalation gehe schließlich eine Ursache voraus. Anstatt sich mit diesem Punkt auseinanderzusetzen, habe der Ausschuss den Vorschlag aber „fast kommentarlos abgelehnt“. Ebenso wie eine Anhörung von Terrorismusexperten, monierte Kramer. Angesichts steigender Zahlen von Salafisten und terroristischen Gefährdern habe seine Fraktion eine „offene Diskussion über den Prozess der Radikalisierung selbst“ gewollt. Mit elektronischen Fußfesseln und Aufenthaltsanordnungen doktere die Landesregierung nur an Symptomen herum, ohne die Probleme wirklich zu lösen. „Wer das Reservoir sich radikalisierender Personen ständig massiv vergrößert, als Reaktion auf eine verschlechterte Sicherheitslage aber nur durch kleine, repressive Stellschrauben reagiert, der übersieht Ursache und Wirkung.“ Seine Fraktion werde sich deshalb bei der Abstimmung enthalten.

**Ann Christin von Allwörden** (CDU) bedauerte, dass die AfD wieder einmal eine „Generaldebatte zur Asylpolitik, Terrorismusbekämpfung und Islamisierung“ geführt habe. Das werde dem Gesetzentwurf nicht gerecht. Die Anhörung im Ausschuss habe deutlich gemacht, dass die Polizei diese Änderungen brauche. Ihre Fraktion habe aus den Beratungen nur positive Eindrücke mitgenommen. „Selbst der Datenschützer, der bei neuen technischen Hilfsmitteln meistens eher verhalten euphorisch reagiert, hat die Regelung in Mecklenburg-Vorpommern ausdrücklich gelobt.“ Einzig bei der Frage nach der idealen Voraufzeichnungsdauer habe die Anhörung auf-



Foto: Jens Büttner

*Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin wurde die Polizeipräsenz bei Volksfesten verstärkt. Außerdem sollen Polizisten künftig mit Bodycams ausgerüstet und sogenannte Gefährder mit Hilfe von elektronischen Fußfesseln besser überwacht werden.*

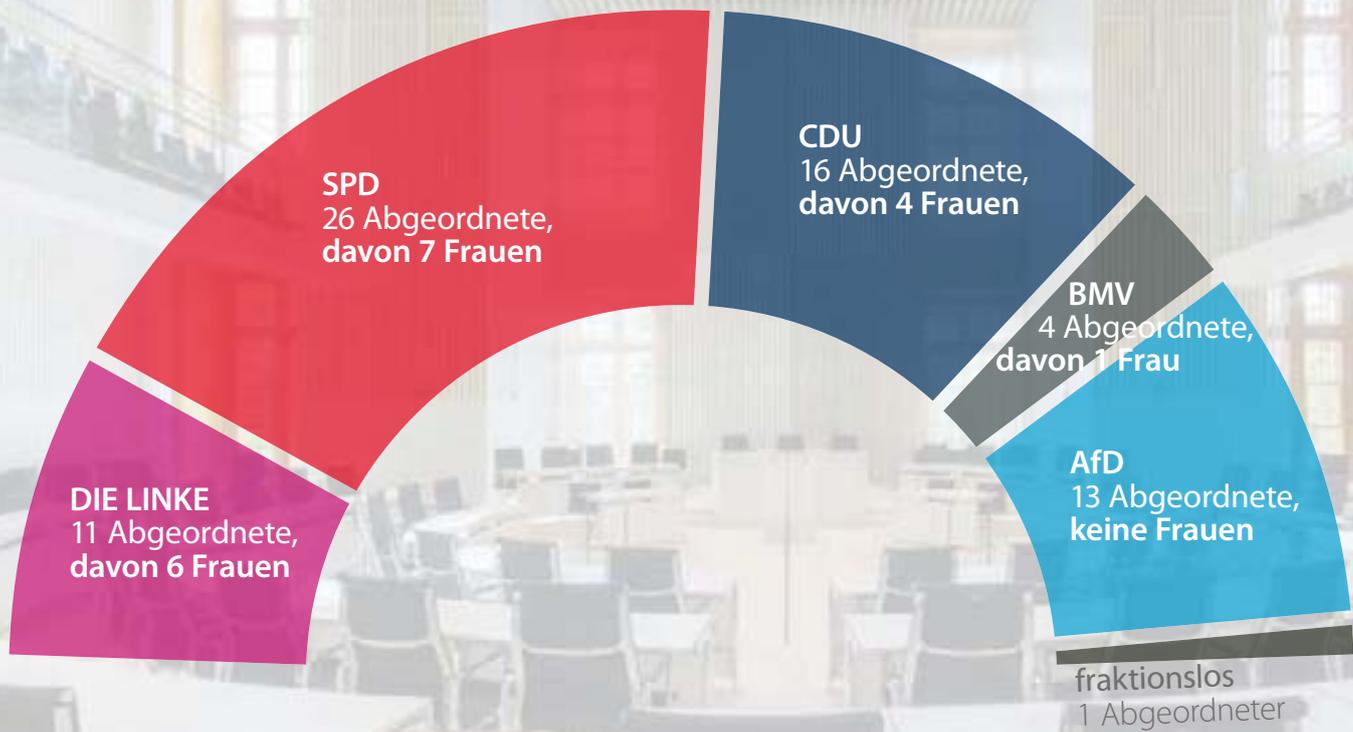
grund fehlender Evaluationsdaten aus anderen Bundesländern „nicht wirklich weiterhelfen“ können. Von Allwörden schlug vor, die 60 Sekunden erst einmal in der Praxis zu testen und aus dieser Erfahrung heraus später gegebenenfalls Änderungen abzuleiten. „Eine Entscheidung vom Schreibtisch des Landtages aus halte ich für die schlechteste Lösung“ – wengleich ihr die von den Linken vorgeschlagenen 30 Sekunden bereits jetzt „reichlich kurz“ erschienen.

Seine Fraktion unterstütze selbstverständlich jede Maßnahme zum Schutz von Polizisten und vor terroristischen Straftaten, sagte **Peter Ritter** (DIE LINKE). Er zweifle jedoch an der Wirksamkeit des Gesetzes. Erstens packe es „die eigentlichen Probleme“ der Polizei – wie den Personalmangel – nicht an. Zweitens sei das Pre-Recording, also das automatische Zwischenspeichern von Bild- und Tonaufzeichnungen, juristisch umstritten. Drittens gebe der Landtag bei den Regelungen zur Bodycam-Erprobung jegliche Verantwortung ab. „Wir als Gesetzgeber sind völlig raus aus dem Prozess.“ Viertens sei fraglich, ob eine elektronische Fußfessel tatsächlich die Torgorgefahr einzudämmen vermag. Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt habe deutlich gemacht, „dass die Verantwortung nicht an der fehlenden Fußfessel lag, sondern im Umgang der Sicherheitsbehörden mit diesem Fall“. Alles in allem gleiche die

Abstimmung für ihn einem „gesetzlichen Blindflug“. „Wir werden uns deshalb der Stimme enthalten.“

Wer die innere Sicherheit wichtig nehme, der dürfe sich nicht enthalten, sondern müsse erst einmal zustimmen, fand **Dr. Matthias Manthei** (BMV). Auch wenn das Gesetz natürlich nicht alle Probleme der Polizei, der Personalausstattung oder der illegalen Einwanderung löse. In all seinen Punkten gehe es aber darum, Gefahren vorzubeugen. Sowohl zum Schutz von Polizisten als auch zur Abwehr von Terror. Er verwies darauf, dass 2016 fast 1.300 Polizisten Opfer von Angriffen geworden seien. „Wenn die Polizei Körperkameras trägt, wird das auf Täter abschreckend wirken.“ Die Möglichkeit, terroristischen Gefährdern elektronische Fußfesseln anzulegen, nannte er eine „Prävention kurz vor ultimo“. Wer innere Sicherheit ernst nehme, müsse aber schon weit davor präventiv handeln, indem er die Ursachen für die Gefahren bekämpfe. Und hier bleibe die unkontrollierte Einwanderung „das zentrale Problem“.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/1320 (neu)  
Beschlussempfehlung Innenausschuss  
Drucksache 7/1875*



Nur 18 der 71 Abgeordneten des Landtages M-V sind Frauen (25 Prozent).

## Frauenquote für das Parlament?

Mehr Frauen in die Politik – darüber herrscht weitgehend Einigkeit / Über den Weg wurde heftig diskutiert

■ Bei der Besetzung des Landtages oder der Kommunalvertretungen wird es auch weiterhin keine Frauenquote geben. DIE LINKE hatte beantragt, Maßnahmen zu ergreifen, die den Frauenanteil erhöhen – mit dem Ziel, perspektivisch die Hälfte aller Sitze mit Frauen zu besetzen. Die Oppositionsfraktion schaut dabei auf Frankreich. Dort sieht das Wahlgesetz seit 2001 vor, Wahllisten zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern zu besetzen. In den französischen Kommunalparlamenten beträgt der Anteil an Frauen inzwischen 48 Prozent. Die Abgeordneten in Schwerin diskutierten hitzig. Anderthalb Stunden lang. Dabei kochten ob der Meinungsunterschiede immer wieder die Emotionen hoch. Am Ende fand die Forderung der Linken keine Mehrheit.

Um sich die Wichtigkeit des Themas vor Augen zu führen, genüge ein Blick in den Bundestag oder Landtag, so Peter Ritter (DIE LINKE). „Seit 20 Jahren war der Anteil von Frauen im Bundestag

nicht so gering wie in dieser Legislaturperiode. Wir meinen: Das ist ein Armutszeugnis.“ Rufe nach einer gesetzlichen Regelung zur Parität seien inzwischen fraktionsübergreifend zu hören. Hinzu kämen Aktionsbündnisse und juristische Diskussionen. „Die Bemühungen sind unübersehbar.“ Dass sich im Zweifel per Gesetz etwas ändern müsse, sehe nicht zuletzt auch Bundesjustizministerin Katarina Barley so. „Ich habe Katarina Barley nicht umsonst hier zitiert, weil ich schon gespannt bin, mit welchen Argumenten die Koalition versuchen wird, den Antrag als nicht notwendig darzustellen.“ Er warb in seiner Einbringungsrede dafür, die Gesetzgebungskompetenz des Landes zu nutzen, um über Handlungsspielräume für paritätische Vorgaben bei Landtags- und Kommunalwahlen nachzudenken. Das sei neben allen juristischen Aspekten auch „eine Frage des politischen Willens“.

Auch Energieminister Christian Pegel sieht bei dem Thema „ohne Zweifel“

Handlungsbedarf. „Die Änderung der Wahlgesetze auf kommunaler, Landes- und Bundesebene wäre ein wichtiger Schritt“, sagte er stellvertretend für Gleichstellungsministerin Stefanie Drese. Über diesen Schritt werde auch schon seit Jahren diskutiert. Aus gutem Grund. „Das ist eben nicht eine originär politische, sondern auch eine juristische und vor allem verfassungsrechtliche Frage.“ Es müsse zunächst geklärt werden, ob ein solches Gesetz die Wahlfreiheit einschränken würde oder nicht. Dazu seien von anderen Bundesländern bereits Gutachten in Auftrag gegeben worden. „Sie sehen, hier werden dicke Bretter gebohrt.“ Bis Oktober einen Gesetzentwurf für das Land zu erarbeiten, wie von den Linken gefordert, sei „außerordentlich unrealistisch“. Gleichwohl könnten die Parteien schon jetzt „Hausaufgaben dazu machen“ und im Rahmen ihrer Parteienhoheit die Plätze auf den Landeslisten paritätisch verteilen. Mit Vorgaben allein sei es jedoch nicht getan. „Auch Kommunikationsformen und Sitzungsformate müssen sich den



Seit September 2017 tagt der Landtag in seinem neuen Plenarsaal.

Foto: Uwe Sinnecker

Bedürfnissen von Frauen und Männern mit Betreuungsaufgaben anpassen.“

**Horst Förster** (AfD) zitierte aus der Bibel, wonach die Rolle der Frau einem Mann „nicht ebenbürtig“, sondern „nur untergeordnet“ sein könne. „Wir haben es dank der Aufklärung geschafft, die Bibel historisch auszulegen und unseren Verstand von religiösen Fesseln zu befreien.“ An deren Stelle seien jedoch „ideologische Fesseln getreten“. Überall da, wo Frauen in der Minderzahl seien, „wird ein Problem gesehen und im Zweifel auf eine Diskriminierung geschlossen“. Den „Wächtern der Gleichstellung“ gehe es dabei aber nicht um „einfache Berufe“, sondern um „Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltungen und Politik. Das heißt, um Positionen der Macht“. Forderungen nach völliger Gleichstellung bezeichnete er als „Umerziehungsprogramm“. Gleichberechtigung sei bereits Normalität. „Es ist doch längst selbstverständlich, dass Frauen berufstätig sind und Erfolg haben.“ Ausschlaggebend für die Besetzung von Posten müsse Kompetenz sein, keine Quote. Seine Fraktion respektiere Frauen unabhängig davon, wie sie sich beruflich oder privat verwirklichen.

„Gleichstellungsvorschreiber hingegen reduzieren die Frau auf ein leitbildorientiertes Quotenwesen.“

Mehr Frauen in Parlamente zu bringen, hält auch **Maika Friemann-Jennert** (CDU) für richtig – aber nicht mithilfe einer Quote. „Ihr Vorschlag ist ein unhaltbarer Eingriff in das Landes- und Kommunalwahlrecht.“ Da rechtfertige auch der Zweck nicht die Mittel. „Das bewährte Wahlrechtssystem in Bund und Ländern darf keineswegs einer zwar gut gemeinten, aber dennoch fahrlässigen Gleichstellungspolitik geopfert werden.“ Sie frage sich, wie Wahlkreise, aus denen entsprechend dem Erststimmenergebnis die Direktmandate gebildet werden, geschlechterparitätisch aufgestellt werden sollen. „Möchten Sie Ihren Kreisverbänden restriktiv vorschreiben, wen sie aufstellen dürfen? Wo bleibt da der innerparteiliche Wettbewerb, den Sie doch eigentlich auch begrüßen müssten?“ Den Anteil von Frauen in Parlamenten zu erhöhen, sei vielmehr eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Was Frauen, insbesondere in den zeitaufwendigen, ehrenamtlichen kommunalen Strukturen, bräuchten, sei keine Quote, sondern „mehr Unterstüt-

zung auf ihren Karrierewegen“. Dabei müsse insbesondere an „institutionellen und strukturellen Reformen“ gearbeitet werden. „Geschlechterparität überstülpen lassen wollen wir uns aber nicht.“

„Es ist ja nichts Neues, dass DIE LINKE einen Hang zum Dirigismus hat“, meinte **Christel Weißig** (BMV). „Bei diesem Antrag sind ihr aber wohl alle Pferde durchgegangen.“ Auch sie befürworte „die absolute Gleichstellung von Mann und Frau“. Dabei sollten Posten allerdings nach „Eignung“ und nicht nach „Geschlecht, Hautfarbe oder Behinderung“ vergeben werden. Anstatt neue Regularien zu schaffen, sollte man vorhandene Instrumente nutzen. „Wir haben das Antidiskriminierungsgesetz, das Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen verhindern und beseitigen soll.“ Für sie stehe fest: „Staatliche Verordnungen bringen nicht mehr Frauen in die Politik.“ Wer es wolle und die notwendigen Fähigkeiten mitbringe, setze sich auch ohne Quote durch. „Ansonsten bin ich eine Quotenfrau und das bedeutet: Mitarbeiter zweiter Klasse.“

Die Sozialdemokraten stehen der Quoten-Idee aufgeschlossen gegen-



Während dem Landtagspräsidium ausschließlich Frauen angehören, sind im Parlament die Männer deutlich in der Überzahl. (v.l. Beate Schlupp, Sylvia Bretschneider, Dr. Mignon Schwenke)

über. „Wir würden ein Paritätsgesetz für Deutschland insgesamt begrüßen“, sagte **Martina Tegtmeier** (SPD). Dem stünden derzeit aber viele verfassungsrechtliche Bedenken im Wege. Sie persönlich halte in der Frage eine Änderung des Grundgesetzes für „unumgänglich“. Dazu brauche es aber eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag. „Zurzeit wird es diese Mehrheit, nüchtern betrachtet, nicht geben.“ Das Beispiel Frankreich zeige jedoch, wo ein Wille sei, sei auch ein Weg. Sie wette darauf, dass dort vorab die gleichen Diskussionen geführt worden seien. Auch ihrer Partei sei es, allen Bemühungen zum Trotz, noch nicht „ausreichend gelungen“, kommunale Wahllisten paritätisch zu besetzen. Dabei sei gerade die Kommunalpolitik

in ihren Augen „eindeutig Frauenpolitik“. „Hier werden die Weichen gestellt, wie frau in der Kommune mit ihrer Familie leben kann.“ Tegtmeier sieht jetzt die Bundesebene am Zug, den ersten Schritt zu machen. Erst auf diesem „sicheren Boden“ könnten die Landes- und Kommunalwahlgesetze angepasst werden.

Die AfD-Fraktion gebe immer eine „heilige Antwort“ auf Frauenfragen, resümierte **Karen Larisch**, als sie in der Aussprache das Wort für DIE LINKE ergriff. „Sie wollen, dass Frauen untergeordnet sind.“ Die beiden Gesetzentwürfe, mit denen ihre Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode versucht habe, den Frauenanteil zu steigern, seien – unter Verweis auf die Umsetzung einer Rosto-

cker Studie zur Gewinnung von Frauen für politische Ämter – abgelehnt worden. Zwei Jahre später frage sie sich: „Was hat die Landesregierung als Hausaufgabe aus dieser Studie mitgenommen? Was hat sie wie umgesetzt? Ich habe da gerade ein riesengroßes Fragezeichen.“ Dass die Initiative der Linken richtig gewesen sei, zeige sich auch an den aktuellen Zahlen. „Der Anteil der Frauen im Landtag war seit 1994 noch nie so niedrig wie heute.“ Aus ihrer Sicht habe Minister Pegel in seiner Rede bestätigt, „was wir mit unserem Antrag erreichen wollten“. An der Frist, einen Gesetzentwurf vorzulegen, müsse eine Zustimmung nicht scheitern. Darüber könne man reden. „Der Termin ist ja nicht starr.“

Antrag DIE LINKE  
Drucksache 7/1821

#### Frauen und Männer in kommunalen Vertretungen in M-V

Vertretung	gesamt	Männer	Frauen
Schweriner Stadtvertretung	44	32	12
Rostocker Bürgerschaft	53	33	20
Wismarer Bürgerschaft	37	25	12
Stralsunder Bürgerschaft	43	30	13
Greifswalder Bürgerschaft	43	33	10
Kreistag Ludwigslust-Parchim	77	56	21
Kreistag Mecklenburgische Seenplatte	77	64	13
Kreistag Nordwestmecklenburg	60	44	16
Kreistag Landkreis Rostock	69	56	13
Kreistag Vorpommern-Greifswald	69	53	16
Kreistag Vorpommern-Rügen	69	51	18



In der Aussprache ergriffen weitere Abgeordnete das Wort. Die Debatte im vollen Wortlaut können Sie im Wortprotokoll der Sitzung nachlesen oder sich auf den YouTube-Kanal des Landtages ansehen.  
[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



Gemeinden sollen stärker an den Gewinnen aus Windenergie-Anlagen auf ihrem Territorium beteiligt werden.

## Mitverdienen am Windpark

Landtag dringt auf bundeseinheitliche Lösung für Kommunen

■ Der Landtag will Gemeinden, in denen Windräder stehen, besser an den Erträgen der Anlagen beteiligen. Mit den Stimmen von CDU, SPD und DIE LINKE fordert er die Landesregierung auf, beim Bund auf neue Regelungen zu dringen. Zum Beispiel auf eine Grundsteuer E, eine andere Verteilung der Gewerbesteuer oder auf ein bundesweites Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz. Mecklenburg-Vorpommern hat bereits 2016 ein Beteiligungsgesetz auf Landesebene eingeführt. Das Interesse von Bürgern und Kommunen, sich finanziell an Windparks zu beteiligen und dadurch von den Renditen zu profitieren, hält sich bislang jedoch in Grenzen. Inzwischen ist das Landesgesetz auch ein Fall für das Bundesverfassungsgericht. Ein Unternehmen aus MV, das Windparks plant und baut, hat Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Der Landtag diskutiere seit mehreren Legislaturperioden über eine bessere Beteiligung der Gemeinden an den Erträgen von Windrädern. „Dass wir heute wieder darüber sprechen, zeigt, dass die bislang getroffenen Regelungen nicht ausreichend sind“, unterstrich **Franz-Robert Liskow** (CDU). Der Bundesgesetzgeber habe zwar die Verteilung der Gewerbesteuer zugunsten der Standortgemeinden verändert, sodass die Gemeinde, in der die Windräder stehen, 70 Prozent und die Gemeinde, in der der Anlagenbetreiber seinen Sitz hat, 30 Prozent erhalte. „Sie fällt aber erst an, wenn der sogenannte Totalgewinn eintritt.“ Bis dahin könnten zehn bis zwölf Jahre vergehen. „Und auch danach wird oftmals aus verschiedensten Gründen keine Gewerbesteuer gezahlt.“ Seine Fraktion befürworte deshalb eine eigene Grundsteuer für Anlagen erneuerbarer Energien in Höhe von 5.000 Euro je Megawattleistung. Sie würde den Standortgemeinden sofort nach dem Bau zugutekommen. So etwas könne aber nicht der Landtag entscheiden. „Deshalb müssen wir versuchen, über die Bundespolitik entsprechende Initiativen einzubringen.“

Energieminister **Christian Pegel** verwies darauf, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart habe, Standortgemeinden durch eine bundesweite Regelung stärker an der Wertschöpfung der Anlagen beteiligen zu wollen. „Es gibt also das erste Mal tatsächlich ein bundesweites Versprechen, da ranzugehen.“ Auch er sieht beim Gewerbesteuermodell Nachbesserungsbedarf. Der „Schmerzimpuls“ in den einzelnen Bundesländern sei da aber sehr unterschiedlich, je nachdem, wer von welcher Regelungen besser profitiere. Er würde sich deshalb ein bundesweites Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz wünschen. „Das würde auch die Kritik an der Wettbewerbsunterschiedlichkeit zwischen den Bundesländern aufheben.“ Leben könnte er auch mit dem Gedanken an eine Grundsteuer. Hier gebe es aber rechtliche Bedenken. Welcher Weg auch immer eingeschlagen werde, er müsse laut Koalitionsvereinbarung „kostenneutral“ sein und dürfe nicht zu höheren EEG-Vergütungssätzen führen. Das werde kein einfacher Prozess. „Es ist am Ende ein Verteilungskampf.“

**Bert Obereiner** (AfD) warnte vor weiteren Steuerlasten, die eine neue Grundsteuer für Verbraucher mit sich bringen

könnte. „Es besteht die Gefahr, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen zu einer steigenden EEG-Umlage führen, die dann wieder durch die Haushalte zu tragen ist.“ Er verwies auf eine Expertise des Bundestages, wonach es möglich wäre, die Gewerbesteuern komplett den Standortgemeinden zukommen zu lassen. „Ich denke allerdings, dass auch dieser Weg die schwindende Akzeptanz der Bürger für die Energiewende nicht beheben wird.“ Er erneuerte seine Kritik an dem „riesigen finanziellen Aufwand“, den Deutschland in Sachen Energiewende betreibt. Und das, obwohl sein Anteil am weltweiten Kohlendioxid ausstoß gerade einmal 2,2 Prozent betrage. „Selbst wenn der morgen null wäre, würde sich das auf die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen kaum auswirken. Aus diesem Grund lehnen wir Ihren Antrag ab.“

„Wir sind uns einig, dass Gemeinden steuerlich profitieren sollen, wenn sie erfolgreiche Unternehmen vor Ort haben. Dort, wo Werte erschaffen werden, dort sollen auch Steuern bezahlt werden“, sagte **Philipp da Cunha** (SPD). Von diesem Grundsatz seien die Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien jedoch „noch weit entfernt“. Das Land habe mit dem Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz seine Möglichkeiten ausgeschöpft. Jetzt seien bundesweit einheitliche Regelungen gefragt. „Wenn der Windpark vor den Toren der Gemeinde die Sanierung der Schule und die Weiterbildung bei der Jugendfeuerwehr oder die Biogasanlage den neuen Spielplatz mitbezahlt, dann wird auch die Akzeptanz steigen.“ Er warb dafür, den Antrag als Chance zu sehen, der Forderung nach einer bundeseinheitlichen Lösung „Nachdruck“ zu verleihen. „Es kann doch nicht sein, dass Gemeinden mit Atomkraftwerken oder Kohlekraftwerken steuerlich sehr stark profitieren, Gemeinden mit Anlagen zur grünen Energie aber gar nicht oder nur sehr wenig.“

Nachdem das Beteiligungsgesetz des Landes bislang noch kein „Lebenszeichen“ von sich gegeben habe, mache es durchaus Sinn, über Alternativen nachzudenken, pflichtete **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE) bei. Wenn die Anlagen „direkt vor der Nase“ stehen, müssten die Betroffenen auch etwas da-

von haben. Klar sei aber auch, dass sich weder eine neue Grundsteuer noch ein neues Verteilsystem der Gewerbesteuer von heute auf morgen einführen ließen. „Das kann noch Jahre dauern. Vielleicht kommt es auch gar nicht.“ Deshalb sei es richtig, die Landesregierung aufzufordern, sich dafür zu engagieren – auch wenn sie in Bezug auf den Erfolg skeptisch bleibe. Bei allem Bemühen um Alternativen sollte das Beteiligungsgesetz des Landes nicht aus den Augen verloren werden. „Hier müssen erste Ergebnisse auf den Tisch. Dann haben wir im Parlament genug Arbeit damit, zu schauen, ob es so wirkt, wie wir das wollten, oder ob es Nachbesserungsbedarf gibt. Auch hier auf den Bund zu warten, wäre sträflich.“

„Wie oft wurde jetzt schon von einer Beteiligung gesprochen? Und nichts ist passiert“, resümierte **Ralf Borschke** (BMV). „So stark können Sie die Bürger auch gar nicht beteiligen, wie die Immobilien an Wert verlieren, sobald ein paar hundert Meter weiter ein Windpark steht.“ Dass neue Steuern nicht auf die Verbraucher umgelegt würden, wage er zu bezweifeln. Für ihn lenke der Antrag vielmehr von „den wahren Problemen der Energiewende“ ab. „Sie denken anscheinend immer noch, dass Sie sich die Zustimmung der Bevölkerung für Ihre Energiewende erkaufen können.“

Bereits heute seien viele Versuche, Kommunen an den Gewinnen zu beteiligen, „grandios gescheitert“. „Wenn Sie etwas für unsere Bürger machen wollen, sorgen Sie für Schall- und Emissionsschutz, entschädigen Sie Betroffene für die Wertverluste ihrer Immobilien, beteiligen Sie sich an den Gesundheitskosten der Betroffenen und sorgen Sie für einen Rückbau.“

Natürlich könne man bei Wohngebäuden die Grundsteuer auf die Verbraucher umlegen. Aber bei Windkraftanlagen? „Auf wen wollen Sie das denn umlegen?“, konterte **Franz-Robert Liskow** (CDU). „Auf den Investor? Ja, da bin ich völlig bei Ihnen.“ Genau darum gehe es doch. „Wir wollen nicht die Bürger besteuern, sondern, dass aus den Gewinnen mehr bei den Gemeinden ankommt. Das ist der Sinn der Grundsteuer E.“ Eine andere Möglichkeit, mit der Kommunen vom ersten Tag an von Windkraftanlagen oder Biogasanlagen profitierten, gebe es nicht. Ihm sei bewusst, dass ein neues Gesetz oder eine neue Steuer Zeit bis zur Einführung bräuchten und am Ende vielleicht auch gar nicht kämen. Das seien aber keine Gründe, es nicht wenigstens zu versuchen.

Antrag CDU/SPD-Koalition  
Drucksache 7/1816

### Jahresbericht 2017 des Bürgerbeauftragten



Foto: Landtag M-V

Am 10. April übergab der Bürgerbeauftragte von M-V, Matthias Crone, seinen Jahresbericht für 2017 an Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp. Gegenstand sehr vieler Bürgerbeschwerden sind Windräder und Windparks „vor der Haustür“.

## Mehr Grünschnitt an Bahnstrecken

Parlament diskutiert über besseren Schutz vor Sturmschäden

■ „Alle reden vom Wetter. Wir nicht.“ Mit diesem Slogan warb die Bundesbahn ab 1966 jahrelang damit, bei jedem Wetter zu fahren. Eine Zuverlässigkeit, die inzwischen vom Winde verweht ist. Ausfälle, Streckensperren – allein im Oktober 2017 brachten die Herbststürme Xavier und Herwart den Bahnverkehr in M-V zweimal binnen drei Wochen zum Teil für mehrere Tage aus dem Takt. Im Fokus der Kritik steht vor allem mangelnde Baumpflege entlang der Bahnstrecken. Die AfD forderte deshalb von der Landesregierung, sich mit der DB Netz AG, Schleswig-Holstein, Hamburg, Behörden und Verbänden an einen Runden Tisch zu setzen und Maßnahmen für einen besseren Schutz vor Sturmschäden zu erörtern. Dass hier gehandelt werden muss, sahen auch die anderen Fraktionen so. Einen weiteren Runden Tisch lehnten sie unter Verweis auf Zuständigkeiten und das neue Sturmschutzprogramm der Bahn jedoch ab.

„Wenn früher Äste auf den Gleisen lagen, hat eine Ramme bei der Diesellok gereicht, um den Weg frei zu fahren“, rief **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD) bei der Antrags-Begründung in Erinnerung. Im zunehmend elektrischen Bahnverkehr genüge jetzt schon ein kleiner Zweig, um Schäden an der Oberleitung und Zugausfälle herbeizuführen. Das habe sich die Bahn aber durch jahrzehntelang vernachlässigte Grünschnitte selbst zuschreiben. In der Folge seien viele Bäume so hoch gewachsen, dass der Naturschutz einer Fällung entgegenstehe. Hinzu komme, dass der Schutzstreifen, der neben den Gleisen frei von Bewuchs sein muss, mit sechs Metern nicht mehr zeitgemäß sei. „Man geht davon aus, dass wir heute 15 Meter bräuchten.“ Weber kritisierte, dass Ham-



Foto: Jens Büttner

burg bereits mit Niedersachsen, der DB Netz AG und anderen Beteiligten Gespräche zu dem Thema geführt habe und eine weitere Runde mit Schleswig-Holstein plane, ohne Mecklenburg-Vorpommern einzubeziehen. „Wichtig ist uns mit dem Antrag, dass wir erreichen, bei solchen Planungen anderer Bundesländer mit am Tisch zu sitzen.“

Ein Ansinnen, dem sich Verkehrsminister **Christian Pegel** nicht anschloss. Zum einen ordne die Bahn Mecklenburg-Vorpommern nicht dem Regionalbereich Nord, sondern Ost zu. Zum anderen habe das Land bereits Gespräche mit der Bahn und anderen Beteiligten geführt – zuletzt bei einem Dialogforum im Januar. Drittens habe die DB Netz AG angekündigt, ihr Vegetationsmanagement zu verbessern und dafür in den kommenden fünf Jahren 625 Millionen Euro zu investieren und 150 neue Mitarbeiter einzustellen. „Künftig wird die DB Netz AG über die Sechs-Meter-Rückschnittzone hinaus gezielt instabile Baumarten entfernen.“ Zudem wolle die Bahn verstärkt auf Sträucher zurückgreifen. Pegel versicherte, dass das Thema auch noch in anderen Gremien diskutiert werde – unter anderem beim Dachverband der Einrichtungen, die bundesweit den Schienenpersonennahverkehr organisieren und in dem unser Land mit der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern vertreten sei. Vor diesen Hintergründen brauche es keinen weiteren Runden Tisch, so Pegel.

Sie könne das Anliegen des Antrags nachvollziehen, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Ihre Fraktion werde ihn aber trotzdem ablehnen. „Die Deutsche Bahn hat bereits reagiert und angekündigt, mehr Geld für den Grünschnitt an den Bahntrassen ausgeben zu wollen.“ Natürlich dürfe man sich nicht vormachen, dass unser Land hier ganz vorn dabei sein werde. „Wir alles wissen, dass die DB AG Mecklenburg-Vorpommern nicht als prioritäres Gebiet einstuft.“ Sie schlug deshalb vor, an „neuralgischen Punkten“ die Verkehrsgesellschaft tätig werden zu lassen. „Dort, wo besonders häufig Gehölze und Bäume für Schäden und Zugausfälle sorgen, können wir nicht auf die Deutsche Bahn warten.“ Wie groß der Handlungsbedarf sei, zeige eine Untersuchung des Instituts für Klimafolgenforschung Potsdam. „Darin wird unmissverständlich deutlich gemacht, dass es immer häufiger Extremwetterlagen geben und fast jedes Unwetter Teile des 34.000 Kilometer umfassenden Streckennetzes der Deutschen Bahn treffen wird.“

Natürlich sei es „sehr, sehr ärgerlich“, wenn das Wetter den Bahnverkehr zum Erliegen bringe: für Reisende, Pendler, Auszubildende und die Wirtschaft. Das sei aber kein Grund, mit solch einem Antrag den Eindruck zu vermitteln, „hier tut ja keiner was“, so **Dietmar Eifler** (CDU). Die DB Netz AG nehme seit 2007 jährlich 100 Millionen Euro in die Hand, um zu verhindern, dass der Zugverkehr bei extremen Witterungslagen zum

Erliegen komme. Ein Betrag, der für die nächsten fünf Jahre noch einmal um 125 Millionen aufgestockt werde. Wenn die Bahn ankündige, „sturmsicherer“ zu werden, klinge das zwar erst einmal „plakativ“. „Ich habe aber nicht den Eindruck, dass das nur Sprechhülsen und leere Versprechungen sind.“ Sorge, dass die Gelder an Mecklenburg-Vorpommern vorbeigehen könnten, habe er nicht. „Es ist ja deutlich geworden, dass das Verkehrsministerium in viele Gesprächsforen eingebunden ist.“ Ein weiterer Runder Tisch würde keine neuen Maßnahmen hervorbringen, so Eifler.

„Dringenden Handlungsbedarf“ sieht auch **Ralf Borschke** (BMV). Aber müsse man wirklich gleich „den großen Hammer rausholen“ und den Antrag mit den Worten „Menschenleben besser schützen“ überschreiben? Er sei fest davon überzeugt, dass der Netzbetreiber bereits alles dafür unternahme. Kein Verständnis habe er, wenn die Bahn Klimawandel oder höhere Gewalt für Zugausfälle verantwortlich mache statt ihre Versäumnisse beim Grünschnitt. „Schließlich gab es schon immer Stürme – und auch stärkere als jüngst bei Tief Xavier.“ Er begrüßte, dass die Bahn gewillt sei, mehr Geld für die Pflege der Vegeta-

tion in die Hand zu nehmen. „Wir müssen das Problem im wahrsten Sinne des Wortes an der Wurzel packen.“ Seine Fraktion werde dem Antrag zwar nicht zustimmen, aber an dem Thema dranbleiben.

„Ich will die Intention Ihres Antrags gar nicht infrage stellen“, sagte **Jochen Schulte** (SPD). Schließlich habe es im Zusammenhang mit den Stürmen Tote in Deutschland gegeben. Das sei ein ernstes Thema und „sollte auch nicht allein deswegen, weil der Antrag nicht von einem selbst kommt, ins Abseits gestellt werden“. Die Deutsche Bahn habe jedoch angekündigt, mit zusätzlichem Geld und Personal die Probleme in den Griff zu bekommen. Das müsse man jetzt erst einmal so akzeptieren. Handlungsschritte zu definieren, sei nun mal deren Aufgabe. „Sie ist es am Ende des Tages auch, die es bezahlt.“ Vor diesem Hintergrund mache ein neuer Runder Tisch wenig Sinn. „Wenn wir zum Beispiel im Herbst dieses Jahres sehen würden, es ist nicht in den Griff zu bekommen, dann bin ich gerne bereit, mit Ihnen die Diskussion noch einmal zu führen.“ Dann dürfe es aber nicht allein bei Gesprächen mit dem Konzern bleiben. „Dann sollten wir darüber diskutie-

ren, wie man konkreten Druck auf die Deutsche Bahn ausüben kann.“

**Christoph Grimm** (AfD) warf den anderen Fraktionen vor, auf der Suche nach Ablehnungsgründen „mal wieder Pirouetten“ gedreht zu haben. „Für Sie ist nicht entscheidend, was das Ziel der Aktion ist, sondern Sie gucken: Von wem kommt das?“ Er könne sich nicht vorstellen, dass tatsächlich ein „Weiter so“ gewünscht sei. „Wir sind es unseren Bürgern schuldig, dass sie freie Fahrt haben und vor allem die vielen Pendler vernünftig zu ihrem Ziel gelangen.“ Das Bemühen, des jahrelangen Wildwuchses Herr zu werden, werde jedoch auch durch das Bundesnaturschutzgesetz und kommunale Baumschutzsatzungen erschwert. Alle Appelle, der Umwelt zuliebe das Auto stehen zu lassen und mit der Bahn zu fahren, verkehrten sich „ins Absurde“, wenn am Ende ausgerechnet der Umweltschutz dazu beitrage, dass die Züge nach Stürmen nicht mehr zuverlässig verkehren könnten. Hier müsse der Gesetzgeber der Bahn gegebenenfalls mehr Handlungsspielraum einräumen.

Antrag AfD  
Drucksache 7/1805



Foto: Jens Büttner

Nicht nur der Verkehr auf der Straße wurde im Januar bei den Stürmen extrem beeinträchtigt – auch viele Bahnstrecken waren über Stunden und Tage durch umgestürzte Bäume blockiert.

## Weitere Beschlüsse

### Verbeamtung

Das Höchstalter für Verbeamtungen wird nicht von 40 auf 45 Jahre angehoben. DIE LINKE wollte mit ihrem Vorstoß dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und sah darin einen wichtigen Baustein zur Sicherung von Fachkräften. An der bisherigen Altersgrenze festzuhalten, würde zu Wettbewerbsnachteilen führen, argumentierte die Linksfraktion. Innenminister Lorenz Caffier erinnerte daran, dass das Land das Höchstalter der Verbeamtung erst 2015 von 45 auf 40 Jahre heruntergesetzt habe. Das sei damals „der Preis“ für die Verbeamtung der Lehrer gewesen. „Wieso wir nicht einmal vier Jahre später den Zeiger wieder zurückdrehen wollen, erschließt sich mir derzeit nicht.“ Den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zu verweisen, lehnten SPD und CDU mit ihrer Stimmenmehrheit ab. Damit wird dieser laut Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

*Gesetzentwurf DIE LINKE  
Drucksache 7/1820*

### Landesverfassung

Der Ministerpräsident bzw. die Ministerpräsidentin des Landes kann weiterhin unbegrenzt wiedergewählt werden. Der Vorschlag der BMV, künftig nur eine Wiederwahl zuzulassen und damit die Amtszeit des Regierungsoberhauptes auf maximal zehn Jahre zu begrenzen, stieß im Landtag auf wenig Unterstützung. Fraktionschef Bernhard Wildt sah in dem Antrag seiner Fraktion einen Beitrag für eine lebendige Demokratie. Eine „Wiederwahlsperr“ wie für die Präsidenten in Frankreich oder den USA lasse sich nicht ohne Weiteres auf Regierungschefs der Bundesländer übertragen, erwiderte Justizministerin Katy Hoffmeister. „Es gibt in Deutschland eben keinen direkt gewählten Ministerpräsidenten.“ Rein faktisch sei in Mecklenburg-Vorpommern bislang auch kein Ministerpräsident länger als zehn

Jahre im Amt gewesen. Die längste Zeit im Amt sei Dr. Harald Ringstorff mit neun Jahren, elf Monaten und drei Tagen gewesen. BMV, AfD und DIE LINKE sprachen sich dafür aus, den Vorschlag in den Ausschüssen zu diskutieren. SPD und CDU lehnten das ab. Damit wird der Gesetzentwurf spätestens in drei Monaten zur Zweiten Lesung noch einmal im Landtag beraten. Für eine Neuregelung müsste die Landesverfassung geändert werden. Hierfür ist eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich.

*Gesetzentwurf BMV Ds. 7/1814*

### Wahleinsprüche

Zweieinhalb Jahre nach der Landtagswahl sind auch die letzten Wahleinsprüche abgearbeitet. Der Wahlprüfungsausschuss des Landtages hat die letzten fünf Beschwerden abgewiesen. In einem der Fälle forderte der Beschwerdeführer nach einem knappen Wahlergebnis im Wahlkreis 23 (Vorpommern-Rügen I) eine Neuauszählung der Stimmen. Hier hatte die SPD-Abgeordnete Susann Wippermann mit fünf Stimmen Vorsprung vor dem CDU-Kandidaten gewonnen. In einem weiteren Fall wurde bemängelt, dass ein Wahllokal in Stralsund zur Stimmauszählung verschlossen gewesen sein soll. In beiden Fällen stellte der Ausschuss jedoch keine Fehler oder Unregelmäßigkeiten fest. Drei andere Einsprüche hatten sich erledigt, weil der Abgeordnete, auf den sie sich bezogen, zwischenzeitlich wegen seiner Wahl in den Bundestag auf sein Landtagsmandat verzichtet hatte. Der Landtag hat den Beschluss in seiner Märzsession mit den Stimmen aller Fraktionen bestätigt. Insgesamt hatte es gegen die Landtagswahl 2016 20 Einsprüche gegeben.

*Beschlussempfehlung  
Wahlprüfungsausschuss  
Drucksache 7/1872*

### Mobilität

Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, die Mobilität im ländlichen Raum zu verbessern. Im Blick haben SPD und CDU in ihrem Antrag unter anderem nachbarschaftliche Angebote, die über eine digitale Plattform miteinander vernetzt werden. Geprüft werden solle auch, ob und inwiefern

Dienstfahrzeuge, zum Beispiel von Pflegediensten, in ein solches System eingebunden werden könnten. Die Ergebnisse sollen im ersten Quartal 2019 dem zuständigen Ausschuss vorgestellt werden. Unterstützung erhielten die Koalitionsfraktionen dafür von der AfD. DIE LINKE und BMV enthielten sich der Stimme.

*Antrag SPD/CDU-Koalition  
Drucksache 7/1818*

### Führerschein mit 16

Ausgehend vom Erfolg und von den Erfahrungen des begleiteten Fahrens mit 17 hat der Landtag auf Initiative der CDU-Fraktion einstimmig befürwortet, dieses Modell auf 16-Jährige auszuweiten. Das EU-Führerscheinrecht lässt das im Moment nicht zu. Auf der nächsten Verkehrsministerkonferenz soll die Bundesregierung aufgefordert werden, entsprechende Initiativen auf EU-Ebene zu ergreifen. Deshalb hatte die CDU/SPD-Koalition einen Dringlichkeitsantrag dazu gestellt. Damit wurde die Landesregierung aufgefordert, dieses Bestreben für einen Modellversuch zu unterstützen.

*Dringlichkeitsantrag  
CDU/SPD-Koalition  
Drucksache 7/1891*

### Straßenausbaubeiträge

DIE LINKE ist mit einem Versuch gescheitert, die Straßenausbaubeiträge mit einem Dringlichkeitsantrag zum Thema im Landtag zu machen. Sie begründete ihr Anliegen unter anderem mit dem Start einer Volksinitiative und Beschlüssen kommunaler Vertretungen. Die anderen Fraktionen sahen die Dringlichkeit nicht gegeben. Torsten Renz (CDU) warb dafür, in den kommenden Monaten gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Die AfD lehnte den Antrag ab, weil sie der Volksinitiative nicht vorgreifen wolle.

*Dringlichkeitsantrag DIE LINKE  
Drucksache 7/1889*

### Verkehrskonzept für Usedom

Um des Verkehrs auf der Insel Herr zu werden, brauche Usedom ein Verkehrskonzept. Darin sind sich alle Fraktionen



Vor dem Landtag demonstrierten am 16. März Bürgerinnen und Bürger von Usedom für eine bessere Bahnansbindung ihrer Insel nach Berlin. Die Strecke war 2016 aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen worden.

einig. Einen entsprechenden Antrag der Linken haben SPD und CDU dennoch abgelehnt. Die Koalitionsfraktionen engagierten sich bei diesem Thema bereits, sagte Dietmar Eifler (CDU). Er warf den Linken vor, dies auch zu wissen und jetzt trotzdem mit solch einem Antrag „um die Ecke zu kommen“. Eifler schlug stattdessen einen Beirat vor. Allein die Vielfalt der Straßenbaulastträger erfordere es, alle Akteure – Kommunen, Touristiker, Vertreter von Bund und

Land – an einen Tisch zu holen. Verkehrsminister Christian Pegel verwies auf ein Verkehrskonzept aus dem Jahr 2006, auf dessen Basis bereits verschiedene Maßnahmen angeschoben worden seien. Er stellte auch Vorplanungen für eine südliche Bahnverbindung auf die Insel in Aussicht.

Antrag **DIE LINKE**  
Drucksache 7/1827

## Immunität aufgehoben

Der Landtag hat die Immunität von Bert Obereiner aufgehoben. Grund sind Ermittlungen der Schweriner Staatsanwaltschaft gegen den AfD-Fraktionsvize wegen Fahrerflucht. Ihm wird vorgeworfen, in einem Parkhaus ein Auto beschädigt und sich vom Unfallort entfernt zu haben.

Beschlussempfehlung Rechtsausschuss  
Drucksache 7/1876

## Trauer um Sebastian Ratjen



Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern trauert um den ehemaligen Abgeordneten **Sebastian Ratjen**, der im Alter von 45 Jahren gestorben ist. Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages, sprach zu Beginn der Plenarsitzung am 14. März im Namen des Parlaments den Angehörigen von Sebastian Ratjen ihr Beileid aus. Der Landtag werde sein Andenken in Ehren halten, so Beate Schlupp.

Sebastian Ratjen gehörte dem Landtag von 2006 bis 2011 an. Für die FDP-Fraktion wirkte er in dieser Zeit unter anderem als stellvertretender Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses. Viele Jahre engagierte sich Sebastian Ratjen für die Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald und war kommunalpolitisch in der Bürger-schaft der Hansestadt Greifswald aktiv.

## Laufende Gesetzgebung

Stand: 29.01.2018

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/1319	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“ in M-V	Agrarausschuss	1. Lesung 14.12.2017 in Beratung
7/1321	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesrechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften	Agrarausschuss	1. Lesung 14.12.2017 in Beratung
7/1524	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetzes und zur Änderung des Schiffsabfallentsorgungsgesetzes	Energieausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1568 (neu)	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes und weiterer datenschutzrechtlicher Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Europa M-V an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1569	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung datenschutzrechtlicher Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur an die Verordnung (EU) 2016/679	Bildungsausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes M-V	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1574	AfD	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage M-V - Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts		1. Lesung 24.01.2018 Überweisung abgelehnt
7/1581	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts im Bereich der Ausführung der Schwangerschaftskonfliktberatung an die Verordnung (EU) 2016/679	Sozialausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1582	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Landesrecht im Bereich der Justiz an die Verordnung (EU) 2016/679	Rechtsausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1583	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsrechts und dessen Anpassung an die Verordnung (EU) 2016/679	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 24.01.2018 in Beratung
7/1799	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zum NDR-Datenschutz-Staatsvertrag sowie zur Anpassung des Landesrundfunkgesetzes an die Verordnung (EU) 2016/679	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung 14.03.2018 in Beratung
7/1800	LReg.	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung 14.03.2018 in Beratung
7/1801	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes M-V	Finanzausschuss	1. Lesung 14.03.2018 in Beratung
7/1802	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts im Bereich der Förderung der elektronischen Verwaltungstätigkeit an die Verordnung (EU) 2016/679	Energieausschuss	1. Lesung 14.03.2018 in Beratung
7/1814	BMV	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes M-V	-	1. Lesung 14.03.2018 Überweisung abgelehnt
7/1820	DIE LINKE	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land M-V	-	1. Lesung 14.03.2018 Überweisung abgelehnt

## Abgeschlossen im Plenum am 14., 15. und 16. März 2018 entschieden

Stand: 16.03.2018

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/1206	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Krankheiten	DIE LINKE	1. Lesung 15.11.2017 2. Lesung 14.03.2018	abgelehnt
7/1320 (neu)	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	LReg.	1. Lesung 14.12.2017 2. Lesung 14.03.2018	angenommen
7/1322	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - FTG M-V)	DIE LINKE	1. Lesung 14.12.2017 2. Lesung 14.03.2018	abgelehnt

## Tierschutz verbessern

Expertengespräch im Agrarausschuss zur tierschutzgerechten Sauenhaltung

■ „Kastenstände“ mit Fixierbügeln für Muttersauen, Spaltenböden statt Strohlager, Ferkel-Kastration ohne Betäubung – bei der Schweineproduktion gibt es manchen Anlass für Kritik. Am 8. März hatte der Agrarausschuss deshalb Fachleute aus den Bereichen Tierschutz und Veterinärwesen, Beratung und berufsständische Interessenvertretung sowie landwirtschaftliche Praxis zu einem Expertengespräch eingeladen. Grundlage für die Anhörung war ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zu einer rechtskonformen Sauenhaltung (Drucksache 7/1031).

Der Deutsche Tierschutzbund bekräftigte seine Forderung, dass die Sauenhaltung sowohl im Deckzentrum als auch im Warte- und im Abferkelbereich tierschutzgerecht umgebaut werden muss. Zustimmung hierzu kam von der Tierärztekammer. Aber auch schon bei den derzeit praktizierten Haltungsverfahren seien Verbesserungen beim Tierschutz möglich, betonte deren Vertreter. Mit Blick auf das Verbot der Ferkelkastration ohne Betäubung, das am 1. Januar 2019 in Kraft tritt, verwies er auf fehlende praxistaugliche Alternativen.

Der Leiter der Beratungseinrichtung SKBR sprach sich für angemessene Übergangszeiten bis zu einem Verbot von Kastenständen aus. Eine Anschlusslösung müsse europaweit gelten, um Wettbewerbsnachteile für die heimischen Sauenhalter zu vermeiden.

Die Geschäftsführerin des Hybridschweinezuchtverbandes Nord/Ost forderte die Aufhebung des Verbotsdatums für die betäubungslose Ferkel-Kastration. Nur so könne die Ferkelerzeugung in Deutschland gerettet werden.

Der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern plädierte für eine umfassende Politikfolgenabschätzung, bevor die Rahmenbedingungen für die Schweinehal-



Damit die Muttersau ihre Ferkel nicht erdrückt, kann sie sich in ihrem Kastenstand kaum bewegen.

Foto: Jens Büttner

tung geändert werden. Dabei dürften neben dem Tier- und Umweltschutz und der Ökonomie auch die Auswirkungen auf den Arbeitsschutz nicht vernachlässigt werden.

Der Geschäftsführer des Gutes Borken, eines schweinehaltenden Ökobetriebes, sprach sich für Änderungen am Agrarinvestitions-Förderprogramm aus. Um alle Produktionsstufen tierschutzgerecht umbauen zu können, sei ein höherer Finanzrahmen nötig. Zudem müssten für die Konzipierung neuer tierschutzkonformer Kastenstände Technologen einbezogen werden. Grundsätzlich seien Regelungen länderübergreifend und nicht am grünen Tisch zu treffen.

Der Gesellschafter der Kühling GbR, einer konventionellen Schweinehaltung, teilte die von seinem Praxiskollegen vorgebrachten Einwände ausdrücklich: Wenn Entscheidungen getroffen würden, dann müssten diese „bis zum Ende durchdacht“ sein.

Der Betriebsberater Rudolf Wiedmann aus Baden-Württemberg sprach sich für ein staatliches Tierschutzsiegel aus.

Der Staatssekretär des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt verwies darauf, dass sich in den zurückliegenden Jahren sowohl die Anforderungen an die

Tierhaltung als auch die Rechtsgrundlage dafür geändert hätten. Die Landwirte seien zu einem „Umsteuern“ auf tierschutzkonforme Haltungsverfahren bereit, bedürften aber klarer politischer Signale und auskömmlicher Erzeugerpreise. Mit Blick auf die Vermarktung forderte er mehr Transparenz für die Konsumenten sowie Sicherheit für die Produzenten.

### Agrarausschuss vor Ort

Im Rahmen seiner Beratungen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Mehr Tierschutz in der Sauenhaltung“ besuchte der Agrarausschuss die Armin Roder & Söhne GbR in Viecheln (Amt Gnoien). Das 1992 gegründete Familienunternehmen stehe für vieles, was die Agrarpolitikerinnen und -politiker im Lande gern öfter in der Praxis sehen würden, begründete Ausschussvorsitzende Elisabeth Aßmann die Wahl: Ein „runder“ Betrieb, der in der Region tief verwurzelt sei und neben dem Ackerbau auch Tiere halte, diese regional vermarkte und zudem Bioenergie erzeuge.



Foto: Landtag M-V

Der Finanzausschuss auf der Baustelle für das neue Zentralgebäude der Universitätsmedizin Rostock.

## Vor Ort unterwegs

### Finanzausschuss in Rostock

■ Der Finanzausschuss besuchte am 8. März in Rostock die Universitätsmedizin, das Leibnitz-Institut für Ostseeforschung und das Finanzamt. Damit setzt der Ausschuss seine Informationsbesuche aus der 6. Wahlperiode fort, bei denen er Einrichtungen und Institutionen, die Mittel aus dem Landeshaushalt für den Betrieb selbst oder etwa für Baumaßnahmen erhalten, besichtigt, um vor Ort einen Eindruck von der Mittelverwendung und möglichen künftigen Anstrengungen und Herausforderungen zu gewinnen.

### Uni-Medizin Rostock

Bei der Universitätsmedizin Rostock besichtigten die Abgeordneten die Großbaustelle für das neue Zentralgebäude (ZMF). Der Landesbetrieb für Bau und Liegenschaften (BBL M-V) informierte über den Baufortschritt sowie die Besonderheiten dieses Bauprojektes. Vertreter der Unimedizin erläuterten die Pläne zur Inbetriebnahme des künftigen hochmodernen Herzstücks der

Unimedizin und verdeutlichten, dass dieses neue Zentralgebäude mit seinen Strukturen in der Krankenversorgung auch für die klinische Forschung von großem Vorteil sei. Im Rahmen der Diskussion wurde den Abgeordneten auch aufgezeigt, welche Anstrengungen die Unimedizin bei der Fachkräftegewinnung und -qualifizierung, insbesondere im Pflegebereich, unternimmt.

### Leibnitz-Institut für Ostseeforschung (IOW)

Diese Forschungseinrichtung beschäftigt sich mit den Fachgebieten Physikalische Ozeanographie, Meereschemie, Biologische Meereskunde und Marine Geologie. Die Vertreter des Instituts stellten ihre Aufgaben und Forschungsbereiche vor. Die Abgeordneten erfuhren auch, dass im IOW bereits verschiedene Messstrategien sowie Gerätschaften, beispielsweise zur Probenentnahme bei Gasaustritten am Meeresboden, entwickelt wurden. Zudem ist das Institut weltweit auf Küstenmeeren im Rahmen der Forschungsprojekte aktiv. Die Forschungsergebnisse des IOW sorgen weit über die Landesgrenze hinaus für hohes Ansehen, sei es der sogenannte Salzwasser-Wächter auf der Darßer Schwelle oder die Studie zu Mikroplastiken. Für die Arbeit des IOW ist zudem das Forschungsschiff, ein

ehemaliges Schiff der Bundesmarine, welches mit Landesmitteln ertüchtigt und für Forschungsvorhaben umgerüstet worden ist, von großer Bedeutung.

### Finanzamt Rostock

Hier informierten sich die Abgeordneten zunächst über die Arbeitsweise des Finanzamtes sowie über die künftigen, insbesondere personellen, Herausforderungen an die Finanzbehörden. Dabei wurde deutlich, dass die Finanzverwaltung angesichts der wachsenden Fallzahlen bei gleichzeitigem Fachkräftemangel in den vergangenen Jahren schon viel unternommen hat, um auch weiterhin eine gute und verlässliche Arbeit leisten zu können. Beispielsweise wurden bestimmte Aufgaben auf einzelne Finanzämter für das ganze Land konzentriert, wodurch nicht nur eine bessere Spezialisierung der Mitarbeiter, sondern auch eine ausreichende Vertretung im Krankheitsfall oder bei Urlaub möglich ist. Beispielsweise nimmt das Finanzamt Rostock als zentrale Aufgaben für das Land die Funktion der IT-Stelle, die zentralisierte Großbetriebsprüfung und die zentrale Vordruckverwaltung wahr. Im Anschluss an die Beratung besichtigte der Finanzausschuss die neu hergerichteten und sanierten Büroräume.



Foto: Landtag M-V

In der Beruflichen Schule „Alexander Schmorell“ in Rostock informierte sich der Sozialausschuss über die ersten Erfahrungen mit der neuen praxisintegrierten Erzieherausbildung.

## Sozialausschuss in Rostock Berufsschule

■ Bei einer Informationsfahrt nach Rostock am 7. März hatte der Sozialausschuss gleich vier Stationen auf der Agenda: das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS), die Berufliche Schule „Alexander Schmorell“, ein Treffen mit Sozialsenator Steffen Bockhahn und den Verein Rostocker Fraueninitiativen e. V.

### LAGuS

Im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS) stellten der Erste Direktor, Dr. Heiko Will, sowie die Leiterinnen und Leiter der fünf Abteilungen ihre Aufgabenbereiche sowie die aktuellen Herausforderungen vor. Dr. Will verwies auf die Bedeutung der Digitalisierung und sprach sich für vereinfachte Verwaltungsverfahren aus. Der Sozialausschuss wird in Kürze erneut mit dem LAGuS beraten.

Anschließend besuchten die Ausschussmitglieder die Berufliche Schule „Alexander Schmorell“, um sich über die im vergangenen Jahr gestartete praxisintegrierte Erzieherausbildung zu informieren. Mit dieser Ausbildung soll der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern für Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren besser abgedeckt werden. Die Abgeordneten befragten die Schulleiterin, Dipl.-Pflegerin Doreen Schumann, sowie Lehrerinnen und Schülerinnen und Schüler zu ihren Erfahrungen. Die Ausbildung sei grundsätzlich gut angelaufen, so der Grundtenor. Die hohen Praxisanteile und die Ausbildungsvergütung seien vor allem für ältere Quereinsteiger attraktiv. Kritisch bewerteten die Berufsschüler unter anderem die strengen Vorgaben für Urlaubs- und Fehlzeiten, und auch Aufgaben und Kompetenzen der Mentoren seien noch nicht zufriedenstellend geregelt. Bei dem Treffen waren Mitarbeiter des Sozial- sowie des Bildungsministeriums dabei, um Auskunft zu geben und Hinweise aufzunehmen.

## Sozialsenator

Mit dem Rostocker Senator für Soziales, Jugend, Gesundheit, Schule und Sport, Steffen Bockhahn, besprachen die Abgeordneten die aktuellen Herausforderungen im Bildungs- und Sozialbereich der Hansestadt. Insbesondere ging es um den Verwaltungsaufwand bei der Elternentlastung von Kita-Beiträgen und bei den Angeboten für Kurzzeitpflege.

### Rostocker Fraueninitiativen e. V.

Schließlich stand der Besuch des Rostocker Fraueninitiativen e. V. auf dem Programm. Die Abgeordneten informierten sich hier über die Angebote des Hilfe- und Beratungsnetzes bei häuslicher und sexualisierter Gewalt und die dabei bestehenden Herausforderungen. Insbesondere wurde die Situation der Frauenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern thematisiert.

## Experten- gespräche

Wirtschaftsausschuss informiert sich zum Arbeitsmarkt und zur ITB

■ Die aktuelle Arbeitsmarktsituation war Thema eines Expertengesprächs im Wirtschaftsausschuss am 1. März. Hierzu hatten sich die Abgeordneten Margit Haupt-Koopmann, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, eingeladen. Im Anschluss gab der Geschäftsführer des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V., Bernd Fischer, einen Ausblick auf die unmittelbar bevorstehende Internationale Tourismusbörse mit dem diesjährigen Partnerland Mecklenburg-Vorpommern.

Die Zahl der Arbeitslosen sei gegenüber dem Vorjahr um 9,7 Prozent zurückgegangen, informierte Margit Haupt-

Koopmann die Abgeordneten. Im Februar 2018 seien 76.700 Menschen im Land arbeitslos gemeldet. Der positive Trend bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung setze sich fort. So seien im Februar 5.300 neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungstellen gemeldet worden. Eine große Herausforderung bleibe die Fachkräftesicherung. Als Instrumente, die einen erfolgreichen Abschluss der dualen Berufsausbildung gewährleisten sollen, nannte Haupt-Koopmann Einstiegsqualifizierungen, assistierte Ausbildungen, ausbildungsbegleitende Hilfen, sozialpädagogische Unterstützung und intensivere Berufsorientierung an Schulen. Darüber hinaus gelte es, die etwa 7.000 arbeitslosen „Jung erwachsenen“ zwischen 25 und 35 Jahren in Arbeit zu bringen. Auch die über 4.000 schwerbehinderten Menschen im Land dürften nicht aufgegeben werden. Eine große Herausforderung sei die Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit. Etwa 62 Prozent der Flüchtlinge sind jünger als 35 Jahre. Vor allem im Handwerksbereich sei die Bereitschaft groß, Flüchtlinge auszubilden. 2017, so Haupt-

Koopmann, befanden sich 88 Flüchtlinge in einer dualen Ausbildung.

„Urlaub ist unsere Natur“. Diese Botschaft stelle Mecklenburg-Vorpommern in den Fokus seines ITB-Auftritts in diesem Jahr, informierte Bernd Fischer, Geschäftsführer des Tourismusverbandes M-V (TMV), den Wirtschaftsausschuss. Das Land soll in der internationalen Reisebranche bekannter gemacht werden. Dass Mecklenburg-Vorpommern diesmal das Partnerland der ITB ist, biete dafür sehr gute Chancen. Ein Drittel der Werbung der ITB in Deutschland erfolgt laut Fischer mit den Plakaten des Partnerlandes, zudem werbe das Land mit 100 Strandkörben für sich als lohnendes Urlaubsziel und als Ort zum Leben und Arbeiten.

Bei einem Besuch der ITB am 8. März konnte sich der Wirtschaftsausschuss ein eigenes Bild vom Messeauftritt des Landes machen sowie bei der Präsentation des aktuellen Tourismus-Barometers des Ostdeutschen Sparkassenverbandes dabei sein.

Foto: Landtag M-V



Beim Besuch der ITB am 8. März konnte sich der Wirtschaftsausschuss ein Bild vom Messeauftritt des Landes machen.



Vizepräsidentin Beate Schlupp (A.v.l.) vertritt den Landtag M-V in der BSPC-Arbeitsgruppe „Migration und Integration“.

Foto: Landtag M-V

## Migration und Integration

Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarier tagte in Stockholm

■ Am 18./19. März kam die Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) zu ihrer zweiten Sitzung in Stockholm zusammen. Auf Einladung des „Riksdagen“, des Schwedischen Parlaments, haben rund 30 Abgeordnete mit Experten, insbesondere aus Schweden sowie vom Ostseerat, darüber beraten, wie den Herausforderungen von Migration und Integration noch besser begegnet werden kann.

Im Mittelpunkt der Arbeitsgruppensitzung standen Beispiele aus Schweden – dem europäischen Land, das in den vergangenen Jahren, gemessen an seiner Einwohnerzahl, mit die meisten geflüchteten Menschen aufgenommen hat. Damit verbunden sind besondere Herausforderungen bei der Integration. Sprache, Wohnung, Arbeit – das sind einige Punkte, auf die die Geflüchteten, die staatliche Verwaltung und die schwedische Gesellschaft Antworten finden müssen. Eine Expertin stellte die besondere Rolle des Sports bei der

Integration heraus. Im Sportverein, im Umgang mit Gleichgesinnten – etwa beim Fußball und Cricket, einer insbesondere unter Afghanen sehr beliebten Sportart – würden Sprache und soziale Codes des Gastlandes leichter, sozusagen „spielerisch“, vermittelt. Auch das

Schwedische Migrationsamt, die Arbeitsverwaltung und Praktiker, die vor Ort in den Kommunen mit dem Themenkomplex arbeiten, kamen zu Wort. Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe wird voraussichtlich im Juni in Kopenhagen stattfinden.

### Volksinitiative übergibt Unterschriften



Foto: Cornelius Kettler

Claudia Metz (li.) und Andrea Meyer mit den rund 18.000 Unterschriften für eine kostenfreie Schülerbeförderung in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 17. April übergaben Vertreterinnen der Volksinitiative für eine kostenfreie Schülerbeförderung in ganz Mecklenburg-Vorpommern knapp 18.000 Unterstützer-Unterschriften an den Landtag. Die Forderung: Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler bei der Fahrt zur Schule. Gegenwärtig ist der Schulbus zur örtlich zuständigen Schule kostenlos, für die Fahrt zu anderen Schulen

jedoch müssen die Eltern bezahlen. Das widerspricht nach Ansicht der Kritiker dem Prinzip der freien Schulpflicht. Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp leitet die Unterschriftensammlung jetzt an die Landeswahlleiterin zur Prüfung weiter. Ist die in der Landesverfassung festgeschriebene Zahl von 15.000 gültigen Unterschriften erreicht, wird das Anliegen der Volksinitiative Thema im Landtag.



Die zwei Finaldebatten fanden erstmals im neuen Plenarsaal statt. Rund 180 Schülerinnen und Schüler aus ganz M-V waren dabei.

Foto: Uwe Sinnecker

## Jugend debattiert im Landtag

Landessieger kommen aus Greifswald, Grevesmühlen, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Wismar

■ In 24 Minuten über kostenlosen Nahverkehr oder den Abschuss von Wildschweinen diskutieren? In so kurzer Zeit Argumente dafür und dagegen austauschen? Da käme sicher so mancher Landtagsabgeordnete ins Schwitzen. Bei „Jugend debattiert“ sind das die Regeln. Mehr als 24 Minuten gibt es hier nicht, um seinen Standpunkt zu verteidigen. Sich kurz zu fassen und trotzdem präzise zu argumentieren, Meinungen zu hinterfragen und dabei fair zu bleiben, ist eine (Rede)Kunst, die der alljährliche Wettbewerb bundesweit in Schulen trägt.

Soll der Öffentliche Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern kostenlos sein? Die Idee klingt verlockend und bekommt von Wanda und Till ein klares Ja: Das mache den Nahverkehr attraktiver, fördere Mobilität, Teilhabe

und soziale Gerechtigkeit. Da machen es sich die beiden etwas einfach – und den zweiten Schritt vor dem ersten, finden Tobias und Jijan auf der Kontraseite. Wenn der Bus nur alle zwei Stunden fährt, werde auch eine kostenlose Fahrt nicht mehr Leute an die Haltestelle locken, halten sie der Pro-Seite entgegen. Sie monieren, dass der Freifahrtschein nicht auch für Touristen gelten soll, befürchten mehr Aufwand für Busfahrer, all das beim Einstieg zu kontrollieren, und fragen: Wer soll das eigentlich bezahlen?

Über den Nahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern ist im Landtag in den vergangenen Jahren schon oft diskutiert worden. An diesem Nachmittag sind es jedoch keine Abgeordneten, die sich der Frage annehmen, sondern Schüler: Wanda Drabon (Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar), Till Portugal (Alexander-von-Humboldt-Gymnasium

Greifswald), Jijan Yalcinkaya und Tobias Retzlaff (beide Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg). Die vier Gymnasiasten haben es aus tausenden Mitstreitern bis ins Landesfinale ihrer Altersgruppe (Klassen 11 bis 13) geschafft.

Rede. Gegenrede. Pro und Kontra – 24 Minuten fliegen die Argumente im Plenarsaal hin und her. Anders als in einer Landtagsdebatte, in der die Abgeordneten nacheinander ans Rednerpult treten, treffen die Meinungen der Schüler direkt aufeinander. Ihre Streitfrage kennen sie schon seit ein paar Tagen. Auf welcher Meinungsseite sie im Finale stehen, hat das Los erst vorhin entschieden.

Wanda und Till verteidigen die Vorteile, verweisen auf die Umwelt. Auf weniger Autos, weniger Straßenschäden. Und neue Lösungen wie den „Ilse-Bus“ im



Die acht besten Debattanten in M-V: ab 2.v.l. Moritz Junge, Jiyen Yalcinkaya, Till Portugal, Silvio Rackwitz, Tobias Retzlaff, Lena-Josephin Nowak, Wanda Drabon, Isabelle Luckow. (ganz links Ansgar Kemmann, Hertie-Stiftung; ganz rechts Landtags-Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke, daneben Christine Kirchner (IQMV))



Viele Freunde und Klassenkameraden waren im Publikum und stärkten ihren Finalisten moralisch den Rücken.  
Fotos: Uwe Sinnecker

Foto: Cornelius Kettler



Landtags-Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke freut sich mit den Landessiegern der Sekundarstufe II Wanda Drabon aus Wismar und Tobias Retzlaff aus Neubrandenburg.

Amt Peenetal/Loitz: Der fährt ohne festen Fahrplan und nur, wenn er gerufen wird. Ein Rufbus? Viel zu unflexibel, hält Tobias dagegen. Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit, Überzeugungskraft – Notiz um Notiz füllt die Zettel der Jury. Dann zieht sie sich zur Beratung zurück.

Was 1999 als „Streitgespräch – Jugend debattiert“ in Hamburg begann und im

Schuljahr darauf als rhetorisches Schulprojekt in Frankfurt/Main startete, blieb dem damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau nicht verborgen. 2001 trug er dazu bei, die Idee zu einem bundesweiten Wettbewerb auszuweiten. Im aktuellen Schuljahr beteiligten sich daran 203.722 Jugendliche. In Mecklenburg-Vorpommern 83 Schulen mit 7.030 Schülern.

Während Wanda, Till, Jiyen und Tobias angespannt auf die Rückkehr der Jury warten, können Silvio Rackwitz (Gymnasium Fridericianum Schwerin), Isabelle Luckow (Gymnasium am Tannenberg Grevesmühlen), Moritz Junge (Musikgymnasium „Käthe Kollwitz“ Rostock) und Lena-Josephin Nowak (Innerstädtisches Gymnasium Rostock) entspannt durchatmen. Sie haben die Finaldebatte für die Klassen 8 bis 10 schon hinter sich und darüber diskutiert, ob der Wildschweinbestand in Deutschland drastisch reduziert werden soll. Ein Duell der Argumente, das Silvio und Isabelle für sich entschieden haben.

„Gute Debatten lenken Aufmerksamkeit auf Themen, beantworten Fragen und zeigen Alternativen auf. Zu guten Debatten gehört eine klare und verständliche Sprache. Besonders wichtig sind gute Argumente. Diese dürfen auch scharf formuliert werden, wenn die Fairness gewahrt bleibt. All das haben wir beim heutigen Landesfinale erlebt“, zollt Landtags-Vizepräsidentin **Dr. Mignon Schwenke** den Jugendlichen Respekt. Davon könnten sich manche Abgeordnete eine Scheibe abschneiden.

Ob sie selbst gerne streite? Bildungsministerin **Birgit Hesse** schüttelt den Kopf. „Ich debattiere aber gern!“ Eigene Standpunkte zu begründen, andere Argumente zuzulassen, sich darüber auszutauschen – das sei interessant. „Und wichtig in einer Demokratie.“ Eigene Standpunkte zu begründen, andere Argumente zuzulassen, sich darüber auszutauschen – wem das beim Nahverkehr am besten gelungen ist? Die Jury hat sich festgelegt: Wanda und Tobias. Sie fahren nun im Juni zusammen mit Silvio und Isabelle zum Bundesfinale nach Berlin.

### Die Finalisten im Landeswettbewerb Jugend debattiert 2018

Altersgruppe 1 (Klassenstufen 8 bis 10):

1. Platz: **Silvio Rackwitz**, Gymnasium Fridericianum Schwerin
2. Platz: **Isabelle Luckow**, Gymnasium am Tannenberg Grevesmühlen
3. Platz: **Moritz Junge**, Musikgymnasium „Käthe Kollwitz“ Rostock
4. Platz: **Lena-Josephin Nowak**, Innerstädtisches Gymnasium Rostock

Altersgruppe 2 (Klassenstufen 11 bis 13):

1. Platz: **Wanda Drabon**, Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar
2. Platz: **Tobias Retzlaff**, Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg
3. Platz: **Till Portugal**, Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Greifswald
4. Platz: **Jiyen Yalcinkaya**, Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg



Fotos: Landtag M-V

Die Veranstaltung „Schöne Verwandte – Die Schlösser Schwerin und Chambord“ im Brüsseler EU-Informationsbüro von Mecklenburg-Vorpommern stieß auf großes Interesse.

## Schöne Verwandte

Diskussion im Brüsseler MV-Informationsbüro über die Verwaltung der Schlösser Schwerin und Chambord unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts



Im Podium der Veranstaltung auch Landtagsdirektor Armin Tebben (r.). Er erläuterte u.a. die Herausforderungen, die bei der denkmalgerechten Sanierung und Erhaltung des Schweriner Schlosses auf der einen und einer zeitgemäßen, multifunktionalen Nutzung auf der anderen Seite zu meistern sind.

■ Schwerin und Chambord – wie zwei Schwestern erscheinen die beiden prächtigen Schlösser, nicht nur auf den ersten Blick: Zahllose Fenster gliedern eindrucksvolle Fassaden; Türme, Schornsteine, Zinnen und Spitzen zieren die Dachlandschaft; Wasser, Gärten, Parkanlagen betten die zwei Schlösser in eine jeweils einmalige Kulturlandschaft ein. Bei einer Diskussion im EU-Informationsbüro des Landes in Brüssel ging es um den Umgang mit dem historischen Erbe unter den aktuellen Nutzungsbedingungen.

Bei der „Geschwister-Ähnlichkeit“ der Schlösser Schwerin und Chambord handelt es sich keinesfalls um einen Zufall, wie Landtags-Vizepräsidentin **Beate Schlupp** in ihrem Grußwort zur Eröffnung der Veranstaltung in Brüssel am 27. Februar ausführte. Denn beim Umbau des Schweriner Schlosses im 19. Jahrhundert orientierte man sich ganz bewusst an

dem französischen Renaissanceschloss an der Loire. Mit dem prunkvollen Vorbild Chambord adaptierte man die Architektursprache der Renaissance und entwickelte in Schwerin in Anlehnung an das französische Jagdschloss eine eigene Form der Neorenaissance – ein Novum in den 1840er-Jahren! Waren diese Schlösser einst als Zeichen des Machtanspruchs der Monarchen und mit der damals neuesten technischen Raffinesse erschaffen, stellen sie heute ihre Verwalter, Eigentümer und Betreiber vor viele Herausforderungen.

Die architektonische Verwandtschaft der beiden Schlösser diente bei der Diskussionsrunde in Brüssel als Rahmen, um miteinander über den heutigen Umgang, die Bedeutung und Verwaltung historischer Schlossanlagen ins Gespräch zu kommen. Als Podiumsgäste waren neben Landtagsdirektor **Armin Tebben** der Generaldirektor der

Staatlichen Domäne Chambord **Jean d’Haussonville**, einer der Eigentümer des ebenfalls französischen Schlosses Vaux-le-Vicomte **Alexandre de Vogüé** und **Helmuth von Maltzahn**, Eigentümer des durch die Festspiele M-V bekannten Schlosses Ulrichshusen, anwesend.

Heute, 100 Jahre nach dem Ende der Monarchie in Deutschland, hat sich der Aufgabenbereich der einstigen Residenzen und Herrschaftsanwesen enorm erweitert: Als Kulturdenkmäler ziehen sie jährlich zahlreiche Besucherinnen und Besucher an, sind beliebte Veranstaltungsorte für Konzerte, Hochzeiten und Tagungen, beherbergen historische Räume und Inventar, dienen als Museum, Hotel oder Restaurant – oder sind, wie für das Schweriner Schloss in der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern festgeschrieben, der Sitz des Landtages.



Bei seinen Plänen für den Umbau des Schweriner Schlosses Mitte des 19. Jahrhunderts ließ sich Hofbaumeister Georg Adolph Demmler vor allem von dem französischen Jagdschloss Chambord inspirieren.

Diskutiert wurde sowohl über Fragen der Vermarktung der jeweils eigenen Schlossgeschichte als auch über Erfüllung der Anforderungen für die heutige Nutzung. Die Eigentümer oder Verwalter historischer Schlossanlagen stehen dabei nicht selten vor der Frage, wie und mit welcher Gewichtung das Schloss als Gebäude erhalten werden und dennoch modernen Anforderungen genügen kann. Den Erhalt der Authentizität und Integrität des Gebäudes auf der einen sowie die Vermittlung und Vernetzung auf der anderen Seite zu gewährleisten, ist eng mit der Eintragung auf der UNESCO-Welterbeliste verknüpft, wie Jean d’Haussonville es für die Welterbestätte Chambord formulierte: Zugrunde liege das Bekenntnis, denkmalpflegerischen Standards den höchsten Stellenwert einzuräumen und gleichzeitig das Schloss einem breiten

internationalen Publikum zu öffnen und zu vermitteln. Diesem Anspruch ist man in Schwerin mit dem Engagement um die Eintragung in die UNESCO-Welterbeliste ebenso verpflichtet.

Eingebettet in das „Europäische Kulturerbejahr 2018 – Sharing Heritage“, zeigt sich an der Zusammenschau der vier französischen und deutschen Schlösser, dass sie alle über die Jahrhunderte hinweg Raum und Ort für Austausch, Begegnung und ein gemeinsam gelebtes, europäisches Erbe boten und bieten. Dies führte Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlamentes, in ihrem Grußwort aus und sprach sich für ein gemeinsames europäisches Engagement im Rahmen des Europäischen Kulturerbejahres aus.. Auch die Vizepräsidentin für Kultur der Region Central-Val de Loire, Agnès Sinsoulie-Bigot, be-

tonte, wie wichtig regionale Strategien bei der Vermarktung und Vermittlung kultureller Angebote seien, ohne dabei die europäische Perspektive aus dem Blick zu verlieren.

Verbindungen über die Landesgrenzen und die Jahrhunderte hinweg zeigen: Europa bedeutet Austausch und Bewegung, bedeutet Begegnungs- und Inspirationsraum. Europa steht für ein gemeinsam gelebtes Erbe.

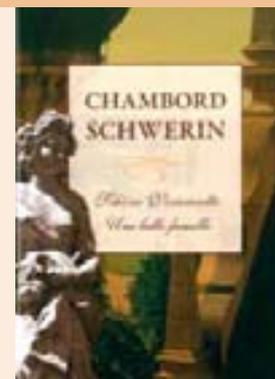
## Hintergrund

### UNESCO-Welterbe-Bewerbung Residenzensemble Schwerin

Seit der erfolgreichen Aufnahme in die nationale Vorschlagsliste für künftige Welterbe-Bewerbungen Deutschlands im Jahr 2014 wurde vieles in Gang gesetzt. Im Herbst 2017 fand der international besetzte ICOMOS-Fachkongress im Schweriner Schloss statt, bei dem

sich renommierte Denkmalpfleger und Wissenschaftler aus ganz Europa mit der Schweriner Bewerbung befassten (siehe LN 8-2017). Eine Informationsplattform bietet seit 2016 die Website [welterbe-bewerbung-schwerin.de](http://welterbe-bewerbung-schwerin.de), die als institutionelles Sprachrohr Veranstaltungshinweise, Rückblicke und Informationen rund um den Fortgang der Welterbe-Bewerbung bündelt.

### Die Schlösser Schwerin und Chambord



Eine Vertiefung und einige Schlossgeschichten finden Sie in der Broschüre „Chambord – Schwerin: Schöne Verwandte“, die anlässlich der Veranstaltung in Brüssel erarbeitet wurde. Auf Nachfrage erhalten Sie ein Einzel Exemplar über die Landtagsverwaltung, Tel. 0385/525-2186



Am 16. April stattete die Botschafterin der Französischen Republik, I.E. Anne-Marie Descôtes, dem Landtag M-V einen Besuch ab. Unmittelbar zuvor hatte die Botschafterin mit Agrarminister Dr. Till Backhaus die Landwirtschaftliche Erzeuger-Genossenschaft Rastow besucht. So stand denn auch beim Gespräch mit Vizepräsidentin Beate Schlupp die europäische Agrarpolitik im Fokus. Zur Sprache kamen auch die Chancen Mecklenburg-Vorpommerns in den Metropolregionen Hamburg und Stettin, die demografische Entwicklung, der Fachkräftemangel sowie Innere Sicherheit und Bildung.



Am 8. März begrüßte Vizepräsidentin Beate Schlupp den Botschafter der Republik Bulgarien, S.E. Radi Naidenov, im Landtag. Bei dem Gespräch tauschten sich beide Repräsentanten u. a. zum Beitritt Bulgariens zum Schengenraum und zur Eurozone aus. 70 Prozent der Bulgaren seien proeuropäisch eingestellt, sagte Naidenov. Ein zentrales Gesprächsthema war die Digitalisierung, die auch Programmbestandteil der bulgarischen Ratspräsidentschaft sei, und in diesem Kontext insbesondere der Datenschutz bei Nutzung und Verwaltung von Daten der Bürgerinnen und Bürger. Vor seinem Gespräch mit Beate Schlupp hatte der Botschafter bereits den Mitgliedern des Innen- und Europaausschusses die Schwerpunkte des EU-Ratsvorsitzes seines Landes erläutert.



Die Botschafterin des Königreichs Spanien, I. E. María Victoria Morera Villuendas, besuchte den Landtag am 12. März. Die Diplomatin war zum ersten Mal in Schwerin und zeigte sich begeistert von der Stadt und dem Schloss. Vizepräsidentin Beate Schlupp erläuterte die Welterbe-Bewerbung des Residenzensembles und verwies dabei auf die enormen Sanierungserfolge seit der politischen Wende 1990. Weitere Gesprächsthemen waren Energie und Digitalisierung, Deregulierung sowie Bürgernähe und Transparenz behördlicher Entscheidungen und die herausragende Bedeutung des Tourismus sowohl für Mecklenburg-Vorpommern als auch für Spanien.

In Schwerin sind sie zwar schon fast ein Jahr, auf dem Dach des Schlosses aber zum ersten Mal: (v.l.) Beta Dumančić, Greta Sczakmáry, Martenne Bettendorf, Jelena Oluic, Kaisa Alanko und Luna Carocci. Viel Zeit zum Sightseeing hatten die Volleyballerinnen des SSC Palmberg Schwerin nicht, denn sie steckten mitten in der heißen Trainingsphase für die Finalserie um die Deutsche Meisterschaft. Gegner ist wie im Vorjahr das Team von Allianz MTV Stuttgart. Gleich im ersten Spiel am 21. April stellte der SSC mit einem Sieg die Weichen Richtung Titelverteidigung. Die kleine „Schloss-Auszeit“ hat vielleicht ein bisschen mitgeholfen, sich optimal auf das große Ziel einzustimmen.

